



VERLIEBT IN UNSERE STADT.

Unser Programm
zur Kommunalwahl 2014

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREISVERBAND WUPPERTAL



1. Vorwort – Verliebt in unsere Stadt
2. Stärkung der lokalen Demokratie – mitmachen, mitentscheiden
3. Wuppertal zukunftsfähig machen
4. Nachhaltige Stadtentwicklung – gut für die Stadt und ihre Menschen
5. Arbeit in der Stadt – für die Stadt
6. Wir sorgen für solide kommunale Finanzen
7. Klimaschutz ist Wirtschaftspolitik
8. Bauen und Wohnen – Flächen sparen, Zukunft sichern
9. Fair und Regional – Nachhaltiger Konsum für Verbraucherinnen und Verbraucher
10. Mobilität und Verkehr – nachhaltig und gleichberechtigt
11. Natur, Landschaft, Wasser schützen – für mehr Lebensqualität
12. Wir entwickeln die urbane Stadt
13. Kultur – das Herz einer lebenswerten Stadt
14. Soziale Stadt – Stadt für Alle
15. Integration aktiv gestalten – gegen Rassismus
16. Frauen nach vorn
17. Schule schafft Chancen
18. Kinder und Jugendliche – Zukunft mitgestalten
19. Sport – in Bewegung bleiben
20. Inklusion geht alle an – Vielfalt gemeinsam erleben

1. Vorwort - Verliebt in unsere Stadt

Wuppertals Stärke besteht aus den Menschen, die in dieser Stadt wohnen, arbeiten und leben. Nirgendwo sonst finden sich so viele Tüftlerinnen und Tüftler, "Knösterer" und kreative Köpfe, die weit über die Stadt hinaus für ihren Erfindungs- und Einfallsreichtum bekannt sind. Und Wuppertal ist eine grüne Stadt, die mit ihren Parks, Wäldern und Naturräumen über ein Alleinstellungsmerkmal besonderer Güte verfügt. In anderen Städten werden diese Schätze gepflegt und weiterentwickelt – in Wuppertal werden diese Potentiale von der politischen Mehrheit im Rat ignoriert. Statt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, mit denen Wuppertal endlich wieder über die Stadtgrenzen hinaus positive Schlagzeilen produzieren kann, werden lieber externe Kräfte bemüht, um an der Öffentlichkeit vorbei bruchstückhafte Strategiekonzepte zu entwickeln.

Wir GRÜNE wollen eine ökologische, soziale und ökonomische Trendwende in unserer Stadt. Dem politischen Stillstand, der Wuppertal in den letzten Jahren gelähmt hat, setzen wir ein alternatives politisches Konzept entgegen, das klare Akzente setzt:

- für eine attraktive Stadt, die neue Bewohnerinnen und Bewohner mit gesundem Klima, attraktiven Wohnformen und passenden Angeboten für Familien anzieht,
- für mehr Mobilitätsangebote jenseits des Autos, um den Blechlawinen, die sich jeden Tag durchs Tal ziehen, attraktive Alternativen entgegenzusetzen,
- für die Umgestaltung des Döppersbergs als ÖPNV-Knotenpunkt und attraktives Eingangstor zur Stadt. Dabei setzen wir uns als einzige Partei mit Nachdruck für eine echte und wirksame Transparenz bei den weiteren Schritten, damit weitere erhebliche Kostenexplosionen vermieden werden können.
- für die Stärkung unsere Innenstädte und Stadtteile mit attraktivem Einzelhandel in den Zentren statt überflüssiger Großprojekte am Stadtrand (JA zum IKEA-Möbelmarkt, NEIN zum IKEA-Homepark mit 25.000qm Einzelhandelsfläche!).
- für eine vielfältige Stadtgesellschaft, die selbstbestimmte Teilhabe für Alle ermöglicht.
- für die gleichberechtigte Berücksichtigung der Anliegen von Frauen bei politischen Entscheidungen. Das gilt auch in der Wuppertaler Politik.
- für eine Haushaltspolitik, die eindeutige Prioritäten bei der Unterstützung von sozial Benachteiligten und der Stärkung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt setzt..
- für eine starke, geschlossene Linie gegen rechtsextremes Gedankengut, denn dieses hat in Wuppertal keinen Platz!

Diese Politik können wir nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen, daher setzen wir auf eine echte, aktivierende Beteiligungskultur mit transparenten, politischen Entscheidungsprozessen.

Am 25. Mai können Sie wählen: entscheiden Sie sich für weitere sechs Jahre großer Koalition und damit am Ende sechzehn Jahre Mehltau über unserer Stadt? Oder wollen Sie eine andere, sozialere und nachhaltigere Politik, die sich für eine neue Debatten- und Beteiligungskultur einsetzt?

Ein Ende der großen Koalition im Rat geht nur mit starken GRÜNEN. Deshalb brauchen wir Ihre Unterstützung am 25. Mai 2014.

Wir handeln aus Überzeugung, denn: **Wir sind verliebt in unsere Stadt.**

2. Stärkung der lokalen Demokratie – mitmachen, mitentscheiden

Wuppertal hat eine ausgesprochen lebendige Bürgerschaft. Das soziale Engagement ist allgegenwärtig und sichert viele wichtige Einrichtungen in der Stadt, die ohne diese ehrenamtliche Beteiligung nicht möglich wären. Gerade in Zeiten leerer kommunaler Haushalte ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich mit ihren Erfahrungen und Fähigkeiten einzubringen, einzumischen und sich für ein Weiterbestehen eines lebenswerten Wuppertals einzusetzen, unersetzbar. Dabei ist die finanzielle Spende für eine kulturelle Spielstätte genauso wichtig wie das ehrenamtliche Engagement in einer Jugendeinrichtung.

Gleichzeitig ist Wuppertal bei der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in politische Planungs- und Entscheidungsprozesse leider nicht so beispielgebend wie es mit Blick auf das Engagement der Wuppertalerinnen und Wuppertaler angemessen wäre. Dabei sind bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung zwei Seiten einer Medaille. Eine aktive Bürgerschaft, die sich einbringt, hat es verdient, dafür auch an wichtigen Entscheidungen beteiligt zu werden, die die zukünftige Gestaltung ihrer Stadt betreffen.

Die nun anstehende Phase der Zurückgewinnung kommunaler Handlungsfreiheit rückt einerseits durch den kommunalen Stärkungspakt wieder in erreichbare Nähe, geht aber andererseits auch mit substantiellen Kürzungen und Streichungen bisheriger städtischer Leistungen einher. Anstatt die Bürgerinnen und Bürger an der politischen Priorisierung der Frage, welche Leistungen ersetz- oder verzichtbar sind, zu beteiligen, setzt die konservative Wuppertaler Stadtspitze mit Rückendeckung der Kooperationspartner auf intransparente Machtzirkel unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Politische Beteiligung ist unerwünscht. Hierunter leidet die politische Kultur in unserer Stadt erkennbar, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungsträger und die Bereitschaft, sich in die politische Debatte konstruktiv einzumischen.

Wir GRÜNE glauben, dass die Menschen in unserer Stadt mehr können. Wir sehen in ihnen nicht nur Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, Geldgeberinnen und Geldgeber oder ehrenamtlich Aktive, von denen verlangt werden kann, etwas für die Stadt zu tun. Wir wollen ihnen Gelegenheit geben, sich einzumischen und die wichtigen Weichenstellungen zur Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes mit zu gestalten.

Es bedarf daher dringend einer ganzheitlichen Verwaltungsstrategie, um einerseits die Informationen über politische Prozesse in unserer Stadt, die als Grundlage für die politische Meinungsbildung wichtig sind, zu bündeln und zur Verfügung zu stellen und andererseits geeignete Beteiligungsformate und –plattformen anzubieten, themenbezogen stadtweit oder auf bezirklicher Ebene.

Die auf unsere Initiative beschlossene Einführung einer Onlineübertragung (Livestream) der Ratssitzungen ist hierfür ein guter erster Aufschlag. Allerdings müssen noch viele weitere Maßnahmen folgen. Wir wollen auf kommunaler Ebene die Durchführung folgender Maßnahmen zur Stärkung der Transparenz und der Bürgerbeteiligung prüfen:

Entwicklung von städtischen Leitlinien zur Bürgerbeteiligung

Damit Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben sich einzubringen, wollen wir Leitlinien entwickeln, mit denen Beteiligung erleichtert werden soll. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist, dass die Verwaltung von sich aus auf geplante Großprojekte und Vorhaben hinweist und mögliche Formen der Einbeziehung aufzeigt. Vorbild hierfür sind unter anderem die Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg.

Wuppertal braucht eine echte Partizipation von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen

Jugendliche haben etwas zu sagen und wollen etwas sagen. Dies aber nur, wenn wirkliche Teilhabe möglich ist. Jugendliche sind Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt und wollen ernst genommen und eingebunden werden. Wir fordern daher langfristig tragfähige Strukturen der Jugendpartizipation in unserer Stadt. Mittelfristig ist eine Änderung der Gemeindeordnung anzustreben, die zumindest im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss dafür sorgt, dass die Jugendräte und das Schülerparlament ein Stimm- und Antragsrecht haben.

Wir setzen uns ein für:

- die Stärkung der direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten auf die Politik in unserer Stadt. Dafür sollen Maßnahmen zur besseren Information über Bürgerbegehren und -entscheide geprüft werden. So könnte unter anderem in die Beschlussvorlagen der Verwaltung ein verpflichtender Hinweis darauf aufgenommen werden, ab welchem Zeitpunkt die Initiierung eines Bürgerbegehrens zu dem jeweiligen Beschluss möglich ist und welche weiteren Vorgaben zu beachten sind,
- einen Bürgerhaushalt, der diejenigen, die ihre Freizeit dafür aufbringen, um Verwaltung und Politik zu beraten, ernst nimmt und sich tatsächlich mit ihren Vorschlägen auseinandersetzt. Dafür sind Kooperationen mit externen Stellen (wie der Bergischen Universität Wuppertal) sinnvoll und wünschenswert. Außerdem erwarten die Menschen, dass sich die Politik dann auch umfassend mit ihren Vorschlägen auseinandersetzt. Daher bedarf es dringend einer nach Verabschiedung des Haushaltes erfolgenden Rechenschaft, wie mit den eingegangenen Anregungen verfahren wurde,
- Online-Petitionen: durch die Einrichtung von Online-Petitionen können im Internet eingebrachte Vorschläge als Bürgeranträge in den Rat eingebracht und dort behandelt werden,

- die Einführung eines Online-Umfrage-Tools, mit dem Einstellungen und Meinungsbilder der Bürgerinnen und Bürger zu konkreten Fragestellungen erhoben und abgefragt werden können,
- die Entwicklung eines städtischen Open-Governance-Konzeptes: die Bereitstellung von städtischen Verwaltungsdaten stärkt erwiesenermaßen das Vertrauen in Verwaltung und Politik, steigert die Nachvollziehbarkeit politischer Prozesse und führt zu einer größeren Beteiligungsbereitschaft. Außerdem kann sie zu einer Steigerung der Effizienz von Verwaltungshandeln führen. Wir wollen, dass Wuppertal eine Verwaltungsstrategie erarbeitet, mit der mehr Offenheit in das Miteinander von Stadt und Bürgerschaft einzieht. Die bereits in Wuppertal vorhandenen ehrenamtlichen Initiativen sind einzubeziehen und in ihrer Arbeit zu unterstützen.

3. Wuppertal zukunftsfähig machen

Klimaschutz

Die Bergischen GRÜNEN machen sich stark für eine 100% Erneuerbare Energie Region Bergisches Land. Nach zwei erfolgreichen von uns angestoßenen Erneuerbare Energien-Kongressen und der Unterzeichnung der „Bergischen Erklärung“ durch viele Abgeordnete und Räte aus der Region, muss dieser Weg konsequent weiter gegangen werden.

Nachhaltiges Wuppertal - klimafreundliche Stadt

Wir setzen uns für den Erhalt unserer Lebensräume ein. Wir wollen eine grüne Stadt der kurzen Wege, der biologischen Vielfalt mit einer hohen Lebensqualität zum Wohnen, Spielen, Natur erleben, Fortbewegen, Einkaufen und Arbeiten. Grünanlagen und Parks, Wälder und Bäume in der Stadt, Fairer Handel, Lebensmittel aus der Region aus ökologischem Anbau, Energie aus erneuerbaren Stromquellen und umweltfreundliche Mobilität gehören dazu. Für die Zukunft wollen wir die Weichen stellen für ein klimaneutrales Wuppertal in einer 100% Erneuerbaren Energie Region Bergisches Land. Dafür brauchen wir die Energie- und Verkehrswende. Wir fordern deshalb einen Stadtentwicklungsplan, der die gesamte Stadt umfasst und integrierte Stadtteilkonzepte und einzelne Fachpläne wie Jugendhilfeplan, Lärminderungsplan und Klimaschutzprogramme mit einschließt. Das ist gut für den Klimaschutz, gut für die Wirtschaft und schafft grüne Arbeitsplätze. Mit den wichtigen Akteuren wie dem Wuppertal Institut, der Energieagentur NRW, der Neuen Effizienz, der Bergischen Entwicklungsagentur, der Bergischen Universität Wuppertal, dem Wupperverband, der Kreishandwerkerschaft, den Wuppertaler Stadtwerken, der AG Erneuerbare Energien Bergisches Land und vielen mehr ist unsere Region mehr als gut aufgestellt. Unser Ziel ist es, die Wertschöpfung aus dem Ausbau der Erneuerbaren Energien in unserer Region zu halten. Dabei haben wir nicht nur die Wirtschaft im Blick, sondern insbesondere auch die Bürgerinnen und Bürger, die diese Entwicklung mitgestalten wollen und sich beteiligen.

Aber wer Klimaschutz ernsthaft voranbringen will, kommt dabei nicht am Thema Ernährung vorbei. Allein 15% des CO₂-Ausstoßes verursachen wir weltweit nur durch Nahrungsmittel, die weggeworfen werden! Das ist mehr als der Ausstoß des gesamten Verkehrsbereichs. Auch der hohe Fleischkonsum trägt einen wichtigen Teil zum CO₂-Ausstoß bei – deshalb wollen wir nicht gleich alle Menschen zu Vegetarierinnen und Vegetariern bekehren, aber eine Reduzierung des Fleischkonsums könnte erheblich zum Klimaschutz beitragen und gibt jeder und jedem die Möglichkeit, einen eigenen Beitrag zu leisten.

Wir setzen uns ein für:

- saubere, sichere und bezahlbare Energie,

- Energiegenossenschaften, um die Stromversorgung dezentral zu gestalten,
- eine Zusammenarbeit der Bergischen Akteure (Kuratorium),
- mehr Aufklärung über einen nachhaltigen und fairen Lebensmittelkonsum,
- Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft,
- artgerechte Tierhaltung ohne Massentierhaltung,
- Klimafonds für energetische Altbausanierung, energieeffiziente Geräte/Technologien und Investitionen in erneuerbare Energien,
- die Einhaltung der Abstandsregelungen zu Windkraftanlagen.

Zukunft der WSW

Der Beitrag der Wuppertaler Stadtwerke zur Energiewende im Bergischen Land ist bisher bescheiden. Die WSW sind durch die Beteiligung an dem Kohlekraftwerksprojekt in Wilhelmshaven in eine prekäre wirtschaftliche Lage geraten. GDF Suez, der starke Partner der WSW, stellt Nachforderungen. Die nötigen Millionen kann die WSW aus dem Energie- und Wassergeschäft nicht mehr erwirtschaften. Auch die eigenen Heizkraftwerke stehen unter Kostendruck. Während das abgeschriebene Heizkraftwerk in Elberfeld jetzt Gewinne abwirft, steht das Heizkraftwerk Barmen überwiegend still, weil es bei den aktuellen Preisen für Gas und den erzeugten Strom nicht mehr rentabel arbeiten kann. Die Wuppertaler Stadtwerke müssen pro Jahr ungefähr 50 Millionen Euro Gewinn erwirtschaften, um das Defizit im Verkehrsbereich zu decken. Das wird immer schwieriger. Langfristig müssen neue Geschäftsmodelle für die WSW entwickelt werden. Wir sind überzeugt, dass Windenergie dabei eine wichtige Rolle spielen wird.

Wir setzen uns ein für:

- die öffentliche und tabufreie Diskussion über die Neuausrichtung der WSW,
- eine Diskussion über die Möglichkeit des Rückkaufs der Anteile von GDF Suez,
- den Aufbau eines dezentralen Fernwärmenetzes,
- den Ausbau der Windkraft auch zur Gewinnerwirtschaftung,
- die Erhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs im heutigen Ausmaß und den Erhalt der Wuppertaler Schwebbahn,

- die Prüfung, ob die Kosten des Nahverkehrs langfristig durch eine Nahverkehrsabgabe gedeckt werden können und gegebenenfalls die Initiierung eines Modellprojektes mit Wuppertaler Beteiligung.

Auf Landes- und Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Produktion von Wärme und Strom in Gaskraftwerken wieder rentabel wird.

4. Nachhaltige Stadtentwicklung – gut für die Stadt und ihre Menschen

Um die Erwärmung des Weltklimas auf maximal zwei Grad zu begrenzen, müssen enorme Mengen an CO₂-Emissionen eingespart werden. Mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren und dem Beschluss zur Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes für den Zeitraum bis 2020 ist die Stadt Wuppertal auf einem guten Weg. Die von der Verwaltung und vom Wuppertal Institut vorgeschlagenen und erarbeiteten Handlungskonzepte sind ambitioniert und müssen konsequent umgesetzt werden. So kann Wuppertal als Stadt mit herausragenden Klimaschutzmaßnahmen bundesweit wahrgenommen werden. In Verbindung mit einer starken Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes auf ökologische, effizienz- und umwelttechnische Unternehmen führt dies zu einer neuen Profilierung innerhalb des Städtewettbewerbs.

Wir setzen uns ein für:

- Niedrigenergiestandards bei allen öffentlichen Baumaßnahmen und Energieeffizienzrichtlinien in der Bauleitplanung,
- verbindliche Festlegungen von Klimaschutzmaßnahmen in Bebauungsplänen,
- städtebauliche Verträge mit Klimaschutzauflagen,
- Förderung des ökologischen Bauens,
- Festlegung von Vergabekriterien zu Baustoffen und ihrer Ökobilanz,
- die Entwicklung von Beratungs- und Beteiligungsangeboten für Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf erneuerbare Energien,
- den Erlass einer Solardachsatzung,
- den Bezug von Ökostrom für alle kommunalen Gebäude,
- die energetische Sanierung denkmalgeschützter Gebäude in Zusammenarbeit mit der Quartiersentwicklungsgesellschaft (es gibt 4000 Baudenkmäler in Wuppertal!),
- die Entwicklung von Energieeinsparkonzepten im Verkehrsbereich,
- effiziente Energie- und Wärmetechniken wie Fernwärme, Blockheizkraftwerke mit energieeffizienter Gas-Brennwerttechnik, Biomassenutzung, Holzpellet- und Hackschnitzelheizungen und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK),
- die Förderung von Abwasserwärmenutzung, Photovoltaik, Erdgas, Geothermie, effizienter Brennwerttechnik,

- den Neubau von Windkraftanlagen an geeigneten Standorten in Wuppertal und der Bergischen Region,
- die Förderung von Betrieben bei der systematischen Reduzierung ihrer Ressourcenverbräuche und Umweltbelastungen,
- die Wiederbelebung der „Wuppertaler Umweltinitiative“,
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte für Arbeitslose in den Bereichen Energieeffizienz, Ressourcenmanagement, Erneuerbare Energie, Umweltmanagement,
- die Unterstützung und Anwerbung neuer Unternehmen mit den Schwerpunkten Umwelt, Klimaschutz, Energie etc.,
- die Einbindung der Wuppertaler Stadtwerke, der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und des städtischen Gebäudemanagements in eine ökologische Standortstrategie,
- die Förderung einer zukunftsfähigen Stadtgestaltung durch Planungen, Entwürfe, Wettbewerbe, Pressearbeit, öffentliche Diskussionen in einem Zukunftsbeirat,
- einen beispielhaften öffentlichen Zukunftsprozess zum Erhalt und zur Gestaltung des Platzes am Kolk, um den Stadtplatz als öffentliche Fläche zu sichern.

5. Arbeit in der Stadt – für die Stadt

In den letzten Jahren sind Tausende von Arbeitsplätzen in Wuppertal verloren gegangen. Gleichzeitig verstärkte sich der Strukturwandel: weg vom produzierenden Gewerbe hin zu Dienstleistungen, Konstruktion, Forschung und Entwicklung. Die Zahl der neu entstandenen Arbeitsplätze reichte nicht, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu vermindern.

Immer mehr Wuppertalerinnen und Wuppertaler pendeln in die umliegenden Großstädte, auch eine Folge von multinationalen Fusionen und Arbeitsplatzverlagerungen. Wuppertal muss sich noch stärker den kleinen und mittleren Unternehmen zuwenden. Sie sind noch nicht so stark von den globalen Konzentrationsprozessen betroffen.

Wir setzen uns ein für:

- die Pflege bestehender Unternehmen statt hochfliegender Neuansiedlungspläne,
- die intensive Beratung und Betreuung von Existenzgründungen.

Vernetzung

Die Wuppertaler Wirtschaft kann nur dann vorankommen, wenn sie sich auf die eigenen Stärken besinnt. Die vorhandenen Potenziale müssen genutzt werden. Es gibt bereits Kooperationsmodelle der kleineren Betriebe. Diese müssen verstärkt und auf alle Branchen ausgeweitet werden. Netzwerke für das Handwerk sollen in erster Linie Angebote für den lokalen Markt bieten. Branchennetzwerke müssen wiederum mit den Organisationen vor Ort (IHK, Universität, Wirtschaftsförderung, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände) vernetzt werden. Gerade in den Bereichen Automobilzulieferer, Regenerative Energien (zum Beispiel Windindustrie), Werkzeuge und Metallverarbeitung können die Chancen der Firmen auf dem Weltmarkt durch Cluster- und Netzwerkbildung verbessert werden. Die bereits starke Exportorientierung der heimischen Wirtschaft kann durch gemeinsame Marketingaktivitäten der Region Bergisches Land noch ausgebaut werden. Umwelt- und Ressourcenschonung, die Verringerung von Umweltrisiken und nachhaltiges Wirtschaften sind für zukunftsbeständige Betriebe von grundlegender Bedeutung. Deshalb soll der Erfahrungsaustausch zu diesen Themen gefördert und verstärkt werden.

Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II

Wir werden auch in Zukunft wesentliche Teile von Hartz IV kritisieren und auf Verbesserungen im System drängen. Grundsätzlich muss es darum gehen, die gesetzlichen Grundlagen im Interesse der hilfebedürftigen Menschen gerecht, schnell, effektiv, flexibel und bedarfsorientiert umzusetzen.

Wir werden uns weiterhin für qualitativ gute und den tatsächlichen Anforderungen entsprechende Angebote vielfältiger sozialer Hilfen in Wuppertal in enger Kooperation von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege einsetzen. Seit der Einführung der Jobcenter unter kommunaler Federführung gilt es, die verbesserten Möglichkeiten für die erfolgreichen Projekte im Bereich Qualifizierung und Beschäftigungsförderung weiter auszubauen und zu entwickeln.

Wir setzen uns ein für:

- die Weiterführung und den Ausbau der finanziellen Förderung der freien und unabhängigen Beratung von Menschen, die ALG I, ALG II oder Sozialhilfe beziehen, durch Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege und der Selbsthilfe,
- die Weiterführung der Jobcenter in kommunaler Verantwortung sowie eine qualitativ bessere Ausbildung und arbeitsrechtliche Verbesserungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Wohle aller Beteiligten,
- einen regelmäßigen Armutsbericht, der von der Stadt vorgelegt werden soll,
- die Vermittlung von Finanzkompetenz, möglichst durch neutrale Institutionen, weil immer mehr Menschen in Wuppertal verschuldet sind,
- eine niedrigschwellige und barrierefreie Beratung zur Vermeidung von Energiearmut.

Arbeitsmarkt – Chancen für Ausbildung und Beschäftigung

In Wuppertal sind seit Jahren überdurchschnittlich viele Menschen ohne Arbeit und eine Besserung ist nicht in Sicht – im Gegenteil: Es gibt einfach zu wenig Arbeitsplätze.

Die Kommunalpolitik muss sich mehr für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in Wuppertal einsetzen. Wir sind für eine überbetriebliche Organisation von Berufsausbildung, wobei der regionalen Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Aufgabe zukommt. Auch mit einem geringen Budget können arme Kommunen vor Ort aktiv fördern. Mittel aus den Programmen der Bundesagentur für Arbeit, des Landes NRW und der Europäischen Union müssen gebündelt werden, um damit Akzente auf dem regionalen Arbeitsmarkt setzen zu können.

6. Gerecht verteilen - Wir sorgen für solide kommunale Finanzen

Die Finanzlage der Stadt Wuppertal ist dramatisch. Die Verschuldung Wuppertals liegt bei mehr als 1,9 Milliarden Euro (Stand Ende 2013). Die Stadt ist wegen der Schulden fast handlungsunfähig, eine gestaltende Kommunalpolitik nur in sehr engen Grenzen möglich.

Durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen der rot-GRÜNEN Landesregierung hat die Stadt eine finanzielle Entlastung bis 2021 erhalten. Damit einher geht ab 2016 ein städtischer Haushalt ohne neue Kredite.

Die Finanzierung der Stadt Wuppertal kann nur mit einer durchgreifenden Sparpolitik und einer fairen Ausstattung seitens des Bundes und des Landes NRW erfolgen. Neben eigenen Bemühungen wollen Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine faire Stärkung der Einnahmen durch eine umfassende Strukturreform der Kommunalfinanzen bei Land und Bund erreichen. Neben dem Ziel des Haushaltsausgleichs muss eine Lösung für die Altschulden der Städte im Stärkungspakt gefunden werden. Ein neuer Abstimmungsprozess zwischen Bund, Ländern und Kommunen (Konsultationsprinzip) ist für Gesetzgebungsverfahren einzuführen. Wer ein Leistungsgesetz beschließt, muss auch für die Finanzierung sorgen.

Wir wollen das Konzept des Bürgerhaushaltes, die Beteiligung bei der Aufstellung der Haushaltspläne, in Wuppertal weiterentwickeln.

Der städtische Haushalt soll auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Männern und Frauen überprüft und neu ausgerichtet werden. Der Ansatz des Gender Budgetings wird schrittweise im Haushalt umgesetzt.

Wir setzen uns ein für:

- eine Haushaltspolitik, die gleichzeitig sparsam und nachhaltig ist,
- eine Strukturreform der Kommunalfinanzen,
- mehr Beteiligung und Information der Bürgerinnen und Bürger,
- eine intensivere kommunale Zusammenarbeit, um die Interessen des bergischen Landes überregional zu stärken.

Gegen Korruption

Die Ereignisse der vergangenen 15 Jahre zeigen einen unveränderten Handlungsbedarf in der Korruptionsbekämpfung. Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass der Ehrenrat seine Arbeit fortsetzt und die Verhaltensregeln der Ratsmitglieder überprüft. Bei Verstößen gegen die Regeln soll der Ehrenrat öffentlich Empfehlungen geben.

Wir setzen uns ein für:

- die weitere Offenlegung sämtlicher finanzieller und wirtschaftlicher Abhängigkeiten und Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden etc. sowie aller Beratertätigkeiten,
- die Offenlegung der Wahlkampffinanzierung der Parteien.

7. Klimaschutz ist Wirtschaftspolitik - heimische Wirtschaft fördern

Oberstes Ziel Wuppertaler Wirtschaftspolitik muss es sein, hier Arbeitsplätze zu erhalten und neue, nachhaltige Arbeitsplätze im Bereich Dienstleistung, Handwerk, Konstruktion, Forschung und Entwicklung zu schaffen. Wuppertal muss sich noch stärker den innovativen und mittleren Unternehmen zuwenden.

Die Umsetzung einer ressourcen- und energiesparenden Produktion hat in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. In der Altbausanierung liegt ein großes Potenzial für heimische Handwerksbetriebe. Innovative, umweltschonend produzierende Industrie- und Gewerbebetriebe haben die besten Zukunftschancen und schaffen zusätzlich neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze. Wichtige Maßnahmen zur Erreichung unserer Klimaschutzziele wie zum Beispiel die energetische Gebäudesanierung sind nur mit dynamischen und innovativen Unternehmen möglich, die fernab der Massenproduktion kleine und mittlere innovative Lösungen individuell gestalten und umsetzen können. Klimaschutz schafft und sichert Arbeitsplätze und stärkt die regionale Wertschöpfung.

Die starke Exportorientierung der heimischen Wirtschaft kann durch gemeinsame Marketingaktivitäten der Region Bergisches Land noch ausgebaut werden. Umwelt- und Ressourcenschonung, die Verminderung von Umweltrisiken und nachhaltiges Wirtschaften sind für zukunftsbeständige Betriebe von grundlegender Bedeutung. Deshalb soll der Erfahrungsaustausch zu diesen Themen gefördert und verstärkt werden. Wir wollen Wuppertal zum Standort für Umwelttechnologien, Energieinnovationen und Ressourceneffizienz machen.

Wir setzen uns ein für:

- eine intensivere Zusammenarbeit der Firmen in Themenparks (zum Beispiel Brachflächen und ehemalige Bahnflächen),
- die Gründung eines Clusters der Zulieferer für Windenergieanlagen,
- eine intensive Zusammenarbeit zwischen Universität, Technologiezentrum und Unternehmen,
- die Förderung nachhaltigen Wirtschaftens in Betrieben.

8. Bauen und Wohnen – Flächen sparen, Zukunft sichern

Unser Wohnverhalten ändert sich. Aufgrund von hohen Energiekosten, stagnierenden Löhnen, fehlender Infrastruktur, des demografischen Wandels etc. verliert das „Häuschen im Grünen“ an Bedeutung. Alternative Wohnformen in der Innenstadt werden gesucht und müssen gefördert werden. Brachflächen können zu attraktiven Wohngebieten umfunktioniert werden. „Junge Innovative oder neue Alte“ suchen ein Loft oder ein Stadthaus im Innenbereich in guter Nachbarschaft zum Einzelhandel und mit ausreichender Infrastruktur für Jung und Alt. Das heißt auch kinderfreundlich und barrierefrei.

Die nahezu 10.000 leer stehenden und oft nicht bewohnbaren Wohnungen, die energetische Erneuerung des privaten und öffentlichen Gebäudebestandes und der Schutz des Freiraumes sind die großen Herausforderungen im Wohnungsbau der Stadt Wuppertal. Die Auswirkungen auf die Menschen in der Stadt, auf das Stadtklima, die Wirtschaft, den Einzelhandel oder die Frage nach der gesamtstädtischen Notwendigkeit müssen im Vorfeld abgewogen werden. Nur die Interessen von Investoren im Blick zu haben, greift zu kurz.

Wie groß ist der Bedarf an Einzelhandels- oder Büroflächen für die nächsten 10 bis 15 Jahren? Wie verändert sich das Stadtbild, welche Auswirkungen auf das Stadtklima sind zu erwarten? Die durch den Klimawandel prognostizierten extremen Wetterlagen werden besonders den Bewohnerinnen und Bewohnern der Innenstädte zu schaffen machen. Daher ist es unabdingbar, bei Bauvorhaben immer auch die Auswirkungen auf das Stadtklima zu untersuchen. Weitere Erschließungsmaßnahmen im Außenbereich bedeuten auch eine Mehrbelastung der Gebührenzahlenden. Auch aus Gründen des Bevölkerungsrückganges ist es unverantwortlich, den zukünftigen Generationen weitere finanzielle Belastungen zuzumuten.

Wir wollen die über 4000 Denkmäler in Wuppertal erhalten und schützen. Bei der Nutzung der Denkmäler müssen aktuelle Entwicklungen berücksichtigt werden. Wir fordern zum Beispiel, dass nach einer Einzelfallprüfung Sonnenkollektoren auf Dächern denkmalgeschützter Gebäude zugelassen werden.

Wir setzen uns ein für:

- eine stärkere Berücksichtigung der Belange von Frauen, Kindern, Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung sowie ihre stärkere Beteiligung bei Planungsverfahren,
- die Vermeidung von Angstträumen bei allen Um- und Neubauten,
- die Entwicklung eines Konzeptes zur Anpassung an den Klimawandel im Baubereich,
- eine Untersuchung der Auswirkungen von Bautätigkeiten auf das Stadtklima,

- die Förderung alternativer Wohnformen in den Innenstädten,
- den Vorrang wiederverwertbarer und erneuerbarer Baustoffe vor neuen, nicht erneuerbaren Baustoffen.

Flächenmanagement und Gewerbeflächen

Wohnbebauung und Gewerbeansiedlung verbraucht Flächen. Den Flächenverbrauch zu reduzieren und dennoch neues Wohnen und Arbeiten zu schaffen ist die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre. Das Spannungsfeld zwischen Flächenverbrauch und Flächenschutz aufzulösen ist Ziel des von Bündnis 90/DIE GRÜNEN geforderten strategischen Flächenmanagements. Es muss verlässlich festgelegt werden, welche Flächen zunächst im Innenstadtbereich zu welchem Zweck umgestaltet bzw. aufgewertet oder saniert werden und welche Flächen für private und öffentliche Investitionen bereit stehen. In Wuppertal gibt es eine Vielzahl von kleinen, jahrzehntelang genutzten Industriebrachen. Mit gezielter Förderung des Landes und des Bundes könnten sie für neue innovative und emissionsarme Unternehmen entwickelt werden.

Wir setzen uns ein für:

- eine Netto-Null-Flächenpolitik, das heißt eine ausgeglichene Bilanz zwischen neu bebauten und entsiegelten bzw. re-naturierten Flächen,
- Flächenentsiegelung, Flächenrecycling und ein Flächen- und Brachflächenmanagement,
- den Erhalt ökologischer Verbundsysteme
- die Überarbeitung des Gewerbeflächenkonzeptes mit sich gegenseitig ergänzenden Angeboten (Clusterbildung) im bergischen Raum,
- einen geringeren Flächenverbrauch durch eine regionale Gewerbeflächenvermarktung in Gemeinschaft mit den Nachbarstädten,
- Flächen für ökologische Landwirtschaft,
- eine gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft für das Bergische Städtedreieck und die Nutzung eines leistungsfähigen EU-Büros der drei Bergischen Großstädte zur Akquirierung von EU-Mitteln in der Förderperiode 2014-2021,
- die Verhinderung des Gewerbegebiets Kleinehöhe,
- einen Verzicht auf weitere Ausweisungen von Siedlungsflächen auf der grünen Wiese.

9. Fair und Regional – Nachhaltiger Konsum für Verbraucherinnen und Verbraucher

Auch die Wuppertalerinnen und Wuppertaler haben mit Preisanstiegen, hohen Energiekosten und Qualitätsverfall zu kämpfen. Alternative Konsumstile wie Second Hand, Carsharing, die Bergische Tausch- und Verschenkbörse etc. können Geld und Ressourcen sparen, sind gut für Geldbeutel und Umwelt. Darüber hinaus sind der Einkauf von Produkten aus der Region und der Umstieg auf Bioprodukte sinnvoll.

Die Nachfrage nach umweltfreundlichen Waren aus sozial- und umweltverträglicher Produktion wird stärker. Faire Produkte müssen noch stärker in den Alltag Einzug halten; dafür werden sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN auch in Zusammenarbeit mit entsprechenden Organisationen einsetzen. Gleichzeitig muss die Stadt Wuppertal ihre Vorbildfunktion nutzen und ein faires Beschaffungswesen einführen, zum Beispiel mit dem Angebot von Fair Trade- und Bio-Produkten in öffentlichen Einrichtungen.

Wir setzen uns ein für:

- die Weiterführung und dauerhafte finanzielle Absicherung der Verbraucherberatung in Wuppertal,
- den Ausbau der Energieberatung,
- den Ausbau von Energiesparfonds,
- mehr Beratung und Aufklärung über die Herstellungsweise von Produkten,
- die Förderung der Landwirtschaft und Anreize für den ökologischen Landbau.

Nachhaltiger Konsum und Abfallvermeidung

Fair, gesund und umweltfreundlich einkaufen vermeidet Müll. GRÜNE legen daher einen Schwerpunkt auf Recycling, Tauschen, Reparatur, Wiederverwendung und auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Lebensmitteln. Dabei wollen wir die Bürgerinnen und Bürger aktiv einbeziehen und Initiativen für nachhaltige Lebensstile fördern.

Nachhaltiger Konsum, das heißt der Kauf von regionalen, biologisch angebauten, verpackungsarmen Lebensmitteln, soll als Beitrag zum Klimaschutz auch verstärkt in die Öffentlichkeitsarbeit mit einbezogen werden.

Abfallvermeidung ist unser Ziel, die Müllverbrennung ist auf ein Minimum zu reduzieren. Eine Ausweitung der Kapazität des Müllheizkraftwerkes Wuppertal-Küllenbahn lehnen wir deshalb ab. Weniger Abfall pro Kopf bedeutet auch weniger CO₂-Emissionen. Das Müllheizkraftwerk produziert Energie aus der Müllverbrennung und ist eingebunden in den regionalen Entsorgungsverbund EKOCity. Ein weiteres

Standbein für die Energiegewinnung kann die Verwertung von Bioabfall zur Erzeugung von Biogas sein.

Wir setzen uns ein für:

- eine Stärkung der Abfallberatung bei der Stadt und der Verbraucherzentrale,
- Informationen über Kampagnen, die einen verantwortungsbewussten Umgang mit Nahrungsmitteln fördern, zum Beispiel über die Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums, saisonal verfügbare Lebensmittel oder Rezepte zur Resteverwertung,
- die Vermeidung von Einwegverpackungen in allen öffentlichen Einrichtungen und der Wuppertaler Industrie,
- Aufklärung über Abfallvermeidung und Abfalltrennung, vor allem in Schulen und Kindergärten, durch entsprechende Aufklärung und Schaffung von Anreizen umsetzen,
- mehr Informationen und Beratung vor Ort in Fragen der Abfallverwertung,
- die langfristige Reduzierung der Müllverbrennung und keinen Ausbau von Verbrennungsanlagen,
- eine Steigerung der Energiegewinnung aus dem Betrieb des Müllheizkraftwerkes,
- die Ausstattung der abgeschlossenen Filterstaubdeponie mit einem „Solarpark Küllenhahn“,
- die Verstärkung der Leistung („Repowering“) des auf dem Gelände der AWG befindlichen Windrades in Wuppertal-Küllenhahn,
- die Stärkung der Abfallentsorgung in öffentlicher Hand,
- den Bau einer regionalen Biogasanlage im EKOCity-Entsorgungsverbund,
- den Ausbau der Sammlung von Bioabfällen und Speiseresten aus der Gastronomie,
- die Einführung einer kommunalen Wertstofftonne,
- verstärktes Recycling von Baustoffen (Urban Mining).

10. Mobilität und Verkehr - nachhaltig und gleichberechtigt

Um den Anforderungen des Klimaschutzes, der Luftreinhaltung, der Lärmreduzierung und den Bedürfnissen der Wuppertalerinnen und Wuppertaler gerecht zu werden, ist ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept notwendig.

Durch die 2012 von SPD, CDU und FDP beschlossenen Kürzungen des Wuppertaler ÖPNV-Angebotes hat unsere Stadt bereits an Attraktivität verloren und einen Weg eingeschlagen, der einer zukunftsfähigen Mobilität in Wuppertal widerspricht. Wir werden gegen weitere zu befürchtende Kürzungen bei der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans (NVP) 2016 kämpfen und uns für die Stärkung des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr) im Berufs- und Freizeitverkehr einsetzen.

Die Förderung der Elektromobilität ist ebenfalls ein wichtiger Schritt zur nachhaltigen Mobilität, kann sich jedoch nicht nur auf die Einrichtung von Ladestationen beschränken.

Wir setzen uns ein für:

- ein klimaschonendes und zukunftsfähiges Mobilitätskonzept mit einem attraktiven Nahverkehrsangebot, das den Bedürfnissen Aller gerecht wird,
- uneingeschränkten Zugang zu allen Angeboten von Bus und Bahn für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, zum Beispiel bei der Ausstattung von Fahrzeugen und Haltestellen,
- die Förderung des multimodalen Verkehrs (kombinierte Nutzung von Auto, Carsharing, ÖPNV, Rad),
- die Aufstellung eines Nahverkehrsplanes mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeit, Klimaschutz, demographischer Wandel, Inklusion als offener und transparenter Prozess, Bürgerbeteiligung,
- die Prüfung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten (zum Beispiel Bürgerticket, fahrscheinloser ÖPNV),
- die Stärkung des Park&Ride-Systems,
- eine Marketingstrategie zur Steigerung des Fahrgastaufkommens im ÖPNV,
- ein Konzept zur Förderung der Elektromobilität mit Öko-Strom in Wuppertal (Schwebebahn, Ladestationen, Pedelecs, E-Bikes, E-Autos etc.),
- die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen bei der Planung von Verkehrswegen,

- den Rückbau von Fahrstreifen, die nicht benötigt werden, damit der gewonnene Platz zur Verbreiterung der Geh- und Radwege genutzt werden kann,
- die Fertigstellung des Döppersbergs als ÖPNV-Knotenpunkt und attraktives Eingangstor für die Stadt ,
- die Optimierung der Parkraumbewirtschaftung,
- die Ausweitung vorhandener Fußgängerzonen und die Einrichtung neuer Fußgängerbereiche, zum Beispiel im Luisenviertel,
- das Prinzip, bei der Stadtplanung, insbesondere bei Neubaugebieten, auf Verkehrsvermeidung und -verminderung zu achten,
- die modellhafte Umsetzung von autofreien Wohnvierteln,
- die Erarbeitung von Modellen zu Shared Space (gemeinschaftliche Verkehrsflächen),
- einen Straßenraum, der für Fußgängerinnen und Fußgänger freundlicher gestaltet wird,
- die Ausweitung der Tempo-30-Zonen,
- das Einschränken von Gehwegparken,
- City-Logistik für den Güterverkehr,
- die Reduzierung der betriebsbedingten Mobilität der Stadtverwaltung (Dienstreisen, LKW-Verkehre, Berufspendlerinnen und -pendler), mehr Pedelecs und E-Bikes, klimafreundliche Elektrofahrzeuge bei Neuanschaffungen (auch für die Dienstwagen von Oberbürgermeister und Kämmerer), mehr ÖPNV-Nutzung,
- die konsequente Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen und Lärminderungsplänen,
- Mobilität für alle Verkehrsmittel auch im Winter. Priorität bei der Arbeit des Winterdienstes müssen zunächst die Straßen mit Busverkehr und die Bürgersteige haben,
- die Prüfung von Alternativen zu umweltschädlichen Tausalzen.

Auf Bundes- und Landesebene setzen wir uns ein für:

- die Einführung von gesetzlichen Regelungen für schadstoffarme, spritsparende und lärmreduzierte Maschinen, Motoren und Fahrzeuge,

- die Durchsetzung von Tempo 80 auf der A46 im Stadtgebiet für bessere Luft, weniger Lärm und mehr Sicherheit,
- die Abkehr von einem autobahnähnlichen Ausbau der Parkstraße/ L419,
- die dauerhafte Finanzierung des Sozialtickets durch Land oder Bund.

Wir machen Wuppertal zur Fahrradstadt

Die Nordbahntrasse wird voraussichtlich Ende 2014 durchgängig befahrbar sein und damit das Highlight des innerstädtischen und touristischen Radverkehrs sein. Ein nachhaltiger Tourismus auf dem Fahrrad wird sich entwickeln, der Besucherinnen und Besuchern vieles bietet. Eine optimierte Erreichbarkeit der attraktiven Wuppertaler Sehenswürdigkeiten auch von der Trasse wird noch mehr Chancen für den Tourismus bieten. Das Fahrrad, Pedelec und E-Bike werden somit auch mehr und mehr alltagstauglich. Die Förderung der Elektromobilität ist daher nicht nur auf Autos zu beschränken, sondern bezieht Rad fahrende mit ein.

Wir setzen uns ein für:

- ein sicheres Radwegenetz in Wuppertal mit einem abgestimmten Radverkehrskonzept,
- die Öffnung aller geeigneten Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung,
- eine rasche Umsetzung der Anbindungen an die Nordbahntrasse,
- die Anbindung der Sambatrasse an die Elberfelder Innenstadt,
- den Ausbau weiterer ehemaliger Bahntrassen als Rad- und Wanderwege, zum Beispiel der Schwarzbach-Viadukt Richtung Langerfeld (Förderprogramm Soziale Stadt), Verlängerung der Nordbahntrasse über Wichlinghausen hinaus in Richtung Schwelm, Trasse Loh-Hatzfeld,
- die Bereitstellung finanzieller Mittel für den Ausbau des Radverkehrs im städtischen Haushalt,
- mehr Radfahrstreifen auf den Straßen, weniger kombinierte Rad-/Fußwege,
- mehr Radverkehr in vorhandenen Fußgängerzonen,
- die Öffnung geeigneter Busspuren für den Radverkehr,
- die Verbesserung der Mitnahmemöglichkeiten von Rädern in Bussen und Bahnen,

- die Förderung von Bike Sharing-Systemen und
- ein Radleitsystem zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt wie das Tanztheater Pina Bausch und Opernhaus, Schwebebahn, städtebaulich interessante Stadtviertel und Plätze, Zoo und Museen, Parks und Grünanlagen.

11. Natur, Landschaft, Wasser schützen – für mehr Lebensqualität

Wuppertal hat zahlreiche Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, die wir sichern und weiter entwickeln wollen. Der Schutz von Lebensräumen, die Vernetzung von Naturflächen (sogenannte „Trittstein Biotope“) auch im innerstädtischen Bereich und die Ausweisung von weiteren Natur- und Bodendenkmälern sollen das „grüne“ Image von Wuppertal festigen. Wichtig ist uns auch der Erhalt unserer Kulturlandschaft in Zusammenarbeit mit den Wuppertaler Landwirtinnen und Landwirten. Dabei legen wir großen Wert auf eine Landwirtschaft ohne Gentechnik sowie die vermehrte Umstellung auf ökologischen Landbau und mehr Direktvermarktung.

Auch wenn in der Wupper inzwischen wieder Lachse leben, bleibt die Qualitätsverbesserung der Wupper und der anderen Gewässer im Sinne der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) auch in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe.

Um auch im innerstädtischen Raum eine höhere Lebensqualität und vor allem ein gesundes Lebensumfeld zu schaffen, ist die Einhaltung der EU-Richtlinien zu Luftreinhaltung und Lärmschutz von großer Bedeutung.

Wir setzen uns ein für:

- die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Wuppertaler Tierheim unter der Beteiligung des veterinärmedizinischen Dienstes,
- die Wiedereinführung einer bürgerInnenfreundlichen Baumschutzsatzung,
- die weitere Ausweisung und Vernetzung von Naturschutzgebieten und Biotopen,
- eine Landwirtschaft, die vermehrt ökologischen Landbau betreibt,
- eine naturnahe Waldwirtschaft,
- die konsequente Umsetzung von Maßnahmen des Luftreinhalteplans, um die Belastung mit NO₂ zu reduzieren,
- die zügige Umsetzung und Fortschreibung des Lärmaktionsplans,
- eine effektive Bürgerbeteiligung,
- die konsequente Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL),
- Beschilderung in Landschaftsschutzgebieten und an landwirtschaftlichen Flächen, die auf die besonderen Werte der jeweiligen Flächen hinweisen und

- die klare Trennung von Reit- und Wanderwegen, Pflege und Erhaltung der Wanderwege.

12. Wir entwickeln die urbane Stadt

Viele Wuppertalerinnen und Wuppertaler wünschen sich attraktive öffentliche Räume in einer architektonisch ansprechenden Umgebung. Bei der Planung des öffentlichen Raums wollen wir deshalb die stärkere Berücksichtigung gestalterischer Gesichtspunkte. Die Stadtmöblierung (Bänke, Beleuchtung, öffentliche Werbung etc.) soll sich ansprechend in das Umfeld einfügen. Plätze in den Innenstädten möchten wir fit machen für den demographischen Wandel, das heißt sie müssen nutzbar sein für alle Generationen und alle gesellschaftlichen Gruppen. Das steigert die Qualität des öffentlichen Raums.

Wuppertal hat viele schöne Gebäude, die geschützt werden müssen. Vor allem die historische Bausubstanz ist für uns schützenswert, denn sie prägt das Bild der Stadt. Statt der Preisgabe von immer mehr Gebäuden an Investoren fordern wir die Erhaltung typischer Gebiete mit ihrem besonderen Charakter.

Die begonnenen Stadtteilprojekte am Ostersbaum, auf dem Ölberg, am Arrenberg, in Unterbarmen und Wichlinghausen wollen wir fortführen. Dort haben sich Menschen aus dem Stadtteil zusammengefunden, um gemeinsam mit wenig Geld aber vielen Ideen ihr Quartier zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, finanzielle Mittel für innovative Städteprojekte bereit zu stellen.

Wir treten ein für die Erarbeitung von Einzelhandelskonzepten mit dem Ziel, eine fußläufige Versorgung für alle bestehenden und zukünftigen Viertel zu gewährleisten anstelle der Ansiedlung von Discountern auf unerschlossenen Flächen am Stadtrand.

Wir setzen uns ein für:

- die Förderung von autofreiem und autoarmem Wohnen. Dazu gehört auch die Bereitstellung von mehr Raum für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Rad Fahrende,
- die Gestaltung wichtiger städtebaulicher Achsen mit dem Ziel einer höheren Attraktivität für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Rad Fahrende,
- die Erstellung von Masterplänen für die Innenstädte von Elberfeld und Barmen und die Erstellung und Umsetzung von Konzepten für die anderen Stadtteile,
- den Erhalt der funktionsfähigen Innenstadtbereiche und damit gegen Einkaufszentren außerhalb der Innenstädte (wie zum Beispiel das große Fachmarktzentrum um den geplanten IKEA-Markt).

13. Kultur – das Herz einer lebenswerten Stadt

Wir GRÜNE stehen an der Seite der Kulturschaffenden in Wuppertal. Ihre Arbeit ist unverzichtbarer Bestandteil für eine lebendige, demokratische Stadt. Im Erleben von Kunst- und Kulturangeboten eröffnen sich Möglichkeiten der Reflexion, des „Quer-Denkens“, der sinnlichen Erfahrungen. Kunst und Kultur ermöglichen uns, die Welt mit anderen Augen zu sehen – wir lernen Toleranz, aber auch den Mut, neue Wege zu gehen. Sie sind damit auch Motor für Veränderung und Innovation.

Wuppertal braucht einen Kulturentwicklungsplan

In der Vergangenheit hat es keine nachhaltige Kulturpolitik in Wuppertal gegeben. Das wollen wir ändern! Wuppertal braucht einen Kulturentwicklungsplan, der verbindliche Kriterien für den Erhalt und die Entwicklung des kulturellen Lebens in Wuppertal aufstellt.

Eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip halten wir GRÜNE für genauso unsinnig wie eine ausschließliche Konzentration auf sogenannte Leuchtturmprojekte.

Wir setzen uns ein für:

- einen Kulturentwicklungsplan, der auch die anderen Förderinstitutionen in der Stadt berücksichtigt.

Kulturelles Angebot für Alle

Für ein vielfältiges kulturelles Leben in unserer Stadt müssen Künstlerinnen und Künstler gute Arbeitsbedingungen vorfinden – aber auch die Nutzung von kulturellen Angeboten muss allen Wuppertalerinnen und Wuppertalern offen stehen, unabhängig vom Geldbeutel oder Bildungsstand. Deshalb treten wir GRÜNE dafür ein, dass das kulturpädagogische Angebot erhalten und ausgebaut wird. Vor allem Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit haben, Kulturangebote für sich zu entdecken und aktiv oder passiv zu erleben.

Wir setzen uns ein für:

- den stärkeren Ausbau dezentraler Angebote wie zum Beispiel in Jugendzentren oder Schulen,
- die Demokratisierung von Kultur, um alle Alters- und Bildungsgruppen zu erreichen,
- den Ausbau der Förderung von kultureller Bildung.

Kultur im Quartier

Wir GRÜNE wollen Stadtteilkultur stärken. Die eigene Lebensqualität, aber auch das Zusammenleben wird durch gemeinsamen Kunst- und Kulturgenuss noch vergrößert. Jeder Stadtteil hat eine besondere Geschichte, die in Kulturprojekten aufgegriffen wird. Die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil wird höher, je mehr man von seiner Geschichte weiß. Je mehr kulturelle Angebote in einem Stadtteil zu finden sind, desto geringer ist die Gefahr, dass er verwahrlost. Denn die Menschen fühlen sich durch ihre stärkere Bindung auch stärker verantwortlich. So kann Kunst und Kultur auch hier ein Motor für gesellschaftliche Teilhabe und Verantwortung sein.

Wir setzen uns ein für:

- die Stärkung von Stadtteilzentren.

Kulturförderung ausbauen

Für die Kunst- und Kulturschaffenden muss ein transparentes und verlässliches Fördersystem vorhanden sein. Kulturförderung sollte eine kommunale Pflichtaufgabe sein. Deshalb treten wir GRÜNE dafür ein, dass mindestens zwei Prozent der finanziellen Mittel des kommunalen Haushalts für die Künste und die Kulturförderung bereitgestellt werden. Die Vergabe soll sich am von uns geforderten Kulturentwicklungsplan orientieren. Bei der Vergabe sind die Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushalts zu berücksichtigen.

Wir setzen uns ein für:

- eine verbindliche Untergrenze für die Honorare, sobald städtische Einrichtungen Auftraggeber sind.

Kommunales Handlungskonzept Interkultur

GRÜNE wollen Interkultur stärken. Für das Kommunale Handlungsprogramm Interkultur, das vom Rat der Stadt 2008 beschlossen wurde, müssen die finanziellen und personellen Grundlagen zur Umsetzung geschaffen werden.

Zeigt her Eure Künste!

Eine regelmäßige Leistungsschau für die verschiedenen Kunst- und Kulturbereiche kann Kristallisationspunkte für die Kulturszene schaffen. Diese Leistungsschauen (Ausstellungen, Konzertreihen, Aufführungen etc.) könnten dabei jeweils unter ein konkretes Motto gestellt werden, um einen thematischen roten Faden zu definieren. Wir GRÜNE schlagen hier für ein erstes städtisches Kunstfestival das Thema „Heimat“ vor.

Hochkultur und Freie Szene zusammen denken

Wir GRÜNE wollen unser Theater, die Oper, das Sinfonieorchester sowie das Von der Heydt-Museum in ihrer Qualität erhalten. Auch hier sollen die kulturpädagogischen Angebote ausgebaut werden, um verstärkt junges Publikum zu erreichen. Zudem müssen interkulturelle Brücken zu den vielen verschiedenen Gruppen und Initiativen der Migrantinnen und Migranten geschlagen werden. Auch dies muss Teil eines Konzeptes eines Kulturentwicklungsplanes für Wuppertal sein.

Die Kluft zwischen der sogenannten „Hochkultur“ und der Freien Szene darf nicht größer werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Haushaltsmittel hier ausgewogen eingesetzt werden. Zudem soll es zu einer Aufrechterhaltung von Kooperationen kommen, die insbesondere auch die Freie Szene stärker absichert.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- Probe- und Atelierräume in öffentlichen Gebäuden für die Freie Szene und Jugendkultur zur Verfügung gestellt werden. Hier liegt ein großes Potenzial, das bisher noch ungenutzt ist.

Die Aufgabe des Schauspielhauses als Spielstätte der Wuppertaler Bühnen hat bundesweit viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen und steht als Symbol für die desaströse Finanzlage der Stadt. Wir wollen, dass das Gebäude, das eines der markantesten Kulturgebäude Deutschlands ist, erhalten bleibt.

Wir setzen uns ein für:

- die Nutzung des Gebäudes als internationales Tanzzentrum mit Theaterarchiv.

Künstlerinnen verdienen nicht nur Anerkennung

In Wuppertal leben und arbeiten eine Vielzahl kulturschaffender Frauen. Sie arbeiten in den unterschiedlichsten Sparten, alleine oder in Gruppen und Verbänden und sind häufig Initiatorinnen von Projekten. Bei städtischen Ausstellungen und der Vergabe von Preisen werden sie allerdings seltener als Männer bedacht.

Die Wertschätzung für unsere Künstlerinnen drückt sich für uns GRÜNE auch darin aus, dass sie adäquat bezahlt werden. Viele Künstlerinnen leben am Existenzminimum.

Wir setzen uns ein für:

- eine KünstlerInnenförderung, bei der die Frauenförderung verstärkt eine Rolle spielt.

14. Soziale Stadt – Stadt für Alle

Auch für Wuppertal gilt, was überall in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die gesellschaftliche Entwicklung prägen wird: der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wird sich deutlich erhöhen. Eine soziale Politik muss dem demografischen Wandel Rechnung tragen – oftmals profitieren davon auch die übrigen Altersgruppen.

Älter werden im Tal

Die meisten Menschen möchten auch im Alter in ihrem vertrauten Quartier bleiben, nach Möglichkeit sogar ein selbstbestimmtes Leben in ihrer eigenen Wohnung führen. Für viele von ihnen ist der Lebensmittelladen an der Ecke, der Frisör, die Arztpraxis oder der SeniorInnentreff ein notwendiger Bestandteil ihres Lebens. Die Kommunalpolitik muss für eine seniorInnengerechte Infrastruktur in allen Lebensbereichen sorgen. Dazu gehören die Stadtplanung, die Verkehrspolitik, die Nahversorgung ebenso wie seniorInnenfreundliche Dienstleistungen der Stadtverwaltung. Wir unterstützen die Erprobung und Förderung alternativer Wohnformen, die es erlauben, den Tagesablauf so individuell wie möglich zu gestalten, aber dort Hilfe bieten, wo sie benötigt wird. Noch werden rund 70% der Pflegeleistungen für ältere Menschen von Frauen in den Familien erbracht. Zunehmende Mobilität und Veränderungen in den Familienstrukturen machen jedoch ergänzende Pflegeangebote nötig. Dazu kommt, dass auch die Zahl der alleinstehenden Seniorinnen und Senioren ohne direktes familiäres Umfeld ansteigt. Hier gilt es durch ein aktives Quartiersmanagement dafür zu sorgen, dass allein lebende Menschen weiterhin soziale Kontakte pflegen. Sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich müssen die Angebote der kultursensiblen Pflege deutlich ausgebaut werden. Wir GRÜNE unterstützen zum Beispiel Moscheevereine dabei, solche Angebote zu schaffen, die für alle Wuppertalerinnen und Wuppertaler offen sein sollten.

Die demografische Entwicklung macht darüber hinaus eine neue Kultur der Altersarbeit und der Anerkennung gesellschaftlicher Leistungen nötig. Denn Älterwerden ist kein Defizit, sondern kann beruflich wie sozial neue Kompetenzen mit sich bringen. Daher setzen sich die GRÜNEN auch am Arbeitsmarkt für neue Perspektiven für ältere Beschäftigte, für Konzepte des „lebenslangen Lernens“ und die gesellschaftliche Einbindung von Seniorinnen und Senioren in ehrenamtlichen Engagements ein.

Ein anderes Phänomen ist das der – oft versteckten – Altersarmut. Es betrifft in der Regel Frauen in einem hohen Alter, die vielfach aus Scham keine staatliche Hilfe in Anspruch nehmen wollen oder die Hilfsangebote gar nicht kennen.

Wir setzen uns ein für:

- die Direktwahl einer Seniorenvertretung durch die Wuppertaler Seniorinnen und Senioren,

- den Ausbau bestehender offener Angebote für Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen,
- neue Arbeitsmarktkonzepte für ältere Beschäftigte,
- Umschulungen und Qualifizierungen auch für ältere Arbeitslose,
- die Bekämpfung der Altersarmut, indem Hilfsangebote zum Beispiel durch Kirchengemeinden oder Hausärzte bekannt gemacht werden,
- eine ortsnahe medizinische Versorgung für chronisch Kranke,
- zielgruppenspezifische Pflegeangebote im ambulanten und stationären Bereich (zum Beispiel für die wachsende Zahl alt werdender Migrantinnen und Migranten, aber auch psychisch Kranke, Demenzkranke und Suchtmittelabhängige),
- die Förderung alternativer Wohnformen und den Aufbau von flexiblen und finanziell gesicherten Hilfsnetzen aus Angehörigen, Ehrenamtlichen und professionellen Diensten,
- gut ausgebildetes und ausreichendes Pflegepersonal sowie eine erleichterte Anerkennung von Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden,
- eine breite Information zur Unterstützung pflegender Angehöriger,
- ein verbessertes Angebot der kultursensiblen Pflege,
- die Einrichtung einer „Beschwerdestelle Pflege“.

Gesund leben und gesund bleiben in Wuppertal

Wuppertal bietet ein breites Angebot medizinischer Dienstleistungen: sowohl die Krankenhäuser als auch zahlreiche Facharztpraxen sind hoch spezialisiert und halten zur Unterstützung von Diagnose und Therapie Geräte nach dem modernsten Stand der Technik vor. Wir freuen uns, dass es in Wuppertal auf GRÜNE Initiative hin seit 2010 für jedes Neugeborene ein Babybegrüßungspaket mit vielen Informationen für die Eltern gibt. Das ist jedoch nur ein kleiner Baustein. Denn wie groß der Handlungsbedarf ist zeigt nicht zuletzt die Schuleingangsuntersuchung von 2011, die einen deutlichen Anstieg übergewichtiger Kinder aufzeigt. Außerdem sollten private Initiativen, die sich für Gesundheitsförderung engagieren, besser unterstützt werden. So wäre es wünschenswert die Wuppertaler Idee des „Winzig\$“, mit dem viele Angebote rund um Schwangerschaft, Baby und Kleinkind bezahlt werden können, im gesamten Stadtgebiet umzusetzen. Darüber hinaus eignen sich die Nachmittagsangebote in Kitas und Ganztagschulen, um Themen wie Bewegung und gesunde Ernährung aufzugreifen. Dazu ist aber auch erforderlich in den Quartieren Spiel- und Sportflächen zu erhalten und zu schaffen, wo Kinder und

Jugendliche sich bewegen können. Leider ist auch heute noch der soziale Status oftmals ausschlaggebend für den Gesundheitszustand der Menschen.

Wir setzen uns ein für:

- ein verbindliches Handlungsprogramm zur Gesundheitsförderung mit kontrollierbaren Zielen in Zusammenarbeit mit den anderen Bergischen Städten,
- eine optimale ambulante und stationäre Versorgung, die präventiv und vorausschauend ansetzt und den Menschen als Ganzes betrachtet, statt einzelne Krankheitssymptome zu behandeln,
- gut ausgebildetes und ausreichendes Personal in sämtlichen Pflegeberufen,
- eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung, die auch den Krankheiten vorausgehendes Risikogeschehen in allen Lebensbereichen erfasst und Möglichkeiten der Prävention darstellt,
- eine stärkere Anbindung der Gesundheits- und Pflegekonferenz an die übergeordneten politischen Gremien,
- eine intensivere Beachtung der Auswirkungen von Umweltbelastungen wie Lärm und Abgasen und streben mittelfristig die Einrichtung einer Umweltambulanz an.

Ein besonders sensibles Thema bei der Gesundheitsvorsorge ist das Thema HIV bzw. Aids. Es beherrscht längst nicht mehr die Schlagzeilen, ist aber immer noch ein Tabu - umso mehr bedürfen Infizierte umfassender Unterstützung und Hilfe. Durch neue Medikamente ist HIV/Aids nicht mehr automatisch lebensbedrohlich. Daher nimmt aber auch die Bereitschaft zu ungeschütztem Sex wieder zu. Besonders betroffen von dem Risiko sich zu infizieren sind Sexarbeiterinnen und -arbeiter (Prostituierte).

Wir setzen uns ein für:

- die Verstärkung der Informationen zur Prävention von HIV-Infektionen im Rahmen der Kooperation der Bergischen Gesundheitsämter,
- die intensivere Betreuung von Sexarbeiterinnen und -arbeitern vor allem bei der aufsuchenden Arbeit in Zusammenarbeit mit den freien Trägern. Da es sich hierbei überwiegend um Menschen mit Migrationshintergrund handelt, sind Sprachmittler immer hinzuzuziehen,
- die Einbindung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in die Planung der sozial-medizinischen Aktivitäten des Gesundheitsamtes,

- die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema sexuell übertragbare Krankheiten.

Versorgung für psychisch erkrankte Menschen

Das Versorgungssystem für psychisch erkrankte Menschen in Wuppertal muss trotz enger werdender finanzieller Spielräume quantitativ und qualitativ ausgebaut werden. Daran hat die „Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung“ mit ihren angeschlossenen Fachgruppen einen großen Anteil. Positiv wirkt sich dabei auch der Zusammenschluss der Stiftung Tannenhof mit der Fachklinik Langenberg aus, ebenso wie die geplante Errichtung einer Klinik für Gerontopsychiatrie. Wir setzen uns nach wie vor für eine Trägervielfalt ein, um die freie Wahl des Therapieangebotes aufrechtzuerhalten. Hier können Synergieeffekte erzielt werden. Trotzdem ist es leider immer noch eine Tatsache, dass es in Wuppertal keine stationäre psychiatrische Versorgung gibt. Selbst eine Tagesklinik könnte nur eröffnet werden, wenn im Gegenzug vollstationäre Betten abgebaut würden. Auf der anderen Seite steigt die Zahl der Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen drastisch an, sodass es zum Teil zu unzumutbar langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz kommt.

Wir setzen uns ein für:

- den weiteren bedarfsgerechten Ausbau im stationären und teilstationären Bereich,
- die Einbindung von Selbsthilfe- und Angehörigengruppen in die Planung und die Arbeit der psychosozialen Hilfesysteme,
- wohnortnahe Angebote zur Rehabilitation nach einer stationären Therapie,
- die Verbesserung des Zugangs von psychisch schwer erkrankten Menschen zur Psychotherapie,
- die personelle Aufstockung des sozialpsychiatrischen Dienstes der Stadt Wuppertal, damit dieser in die Lage versetzt wird, seinen Aufgaben in vollem Umfang nachkommen zu können,
- ein Angebot von Präventionsarbeit für psychische Gesundheit an Schulen,
- die Absicherung und den Ausbau des Kriseninterventionsdienstes,
- die Sicherung und Stärkung der Sozial-Psychiatrischen Zentren, zum Beispiel während der Wartezeit auf einen Therapieplatz oder nach einer stationären Therapie,
- die Schaffung von öffentlich finanzierten zielgruppenspezifischen Arbeitsplätzen im Rahmen von Sozialgesetzbuch II und Sozialgesetzbuch XII,

- einen Krankenhausbedarfsplan (auf Bundesebene), der an die steigenden Fallzahlen im Bereich der psychiatrischen Erkrankungen angepasst wird und dass die Zahl der Zulassungen für niedergelassenen Psychotherapeutinnen und -therapeuten erhöht wird.

Sucht erkennen und vorbeugen

Suchterkrankungen und Abhängigkeit von legalen und illegalen Drogen treten quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und in allen Altersgruppen von Jugendlichen bis zu alten Menschen auf. Während die klassischen, legalen Drogen Alkohol und Nikotin immer wieder öffentlich thematisiert und zumindest teilweise erfolgreich bekämpft werden, breiten sich andere Formen der Sucht schleichend aus. Bei älteren Menschen ist zunehmend die Abhängigkeit von Medikamenten festzustellen, während Jüngere der Medienabhängigkeit, zum Beispiel in Form der Computer(spiel-)sucht oder der Internetsucht verfallen. Fast allen Suchterkrankungen ist gemeinsam, dass sie nicht nur die erkrankte Person betreffen, sondern das gesamte Umfeld erheblich darunter leidet. Bei der Automatenspielsucht kommt noch ein enormer finanzieller und auch volkswirtschaftlicher Verlust hinzu. Wir begrüßen, dass sich die Stadt Wuppertal mit einem Spielhallenkonzept und einem Handlungskonzept zum Thema Sucht im Alter dieser Problematiken angenommen hat. Die Behandlung von Suchtkranken erfordert einen fachlich qualifizierten, niederschweligen Umgang, der von den Erkrankten auch akzeptiert wird. Oftmals muss der Anstoß für eine Behandlung aus dem Umfeld des Erkrankten erfolgen. Deshalb ist es besonders wichtig, die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren und Beratungsstellen auszubauen. Darüber hinaus muss die Prävention im Suchtbereich insbesondere auch für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden.

Wir setzen uns ein für:

- den Ausbau des Hilfesystems für suchtkranke Menschen bei präventiven, begleitenden und behandelnden und aufsuchenden Hilfen,
- erweiterte Öffnungszeiten des Gesundheitsraumes für Abhängige von illegalen Drogen,
- eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Suchterkrankungen,
- Präventionsangebote zur Automatenspielsucht und Medienabhängigkeit unter anderem in Form von interdisziplinären Suchtambulanzen,
- die personelle und finanzielle Unterstützung der zum großen Teil ehrenamtlich in der Suchthilfe Tätigen,
- die Unterstützung von ernsthaften Bemühungen der zuständigen Träger um die Teilnahme an Programmen der Originalstoffvergabe an chronisch von Opiaten abhängigen Menschen,

- die Unterstützung von Bemühungen um die Zulassung von Cannabisprodukten in der medizinischen Regelversorgung,
- mehr Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Suchterkrankungen,
- für den Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder von Suchtkranken.

Obdachlosen Raum geben

Die Zahl von ordnungsbehördlich gemeldeten Männern und Frauen die wohnungslos sind ist insgesamt rückläufig. Dennoch gilt es hier auch weiterhin die Angebote für Tagesaufenthalte und die Übernachtungsmöglichkeiten zu optimieren. Es darf nicht sein, dass es hier eine zeitliche Versorgungslücke von mehreren Stunden pro Tag gibt, an denen den Männern und Frauen keine Aufenthalts- und Beratungsmöglichkeit geboten werden kann. Dies ist vor allen für die nicht unbeträchtliche Zahl von alleinstehenden Obdachlosen wichtig. Ferner gilt es, auf die besonderen Mehrfachproblematiken (Sucht und psychische Erkrankungen), von denen eine hohe Zahl der Obdachlosen betroffen ist, einzugehen und Hilfe anzubieten. Denn trotz effizient arbeitender Hilfeeinrichtungen ist kein Rückgang der Zahl der alleinstehenden Obdachlosen zu verzeichnen.

Erfreulich ist, dass die Streetwork-Aktivitäten der freien Träger in Zusammenarbeit mit der Stadt in den Wintermonaten ausgebaut worden sind und mit dem „Beratungsbus“ des Sozialdienstes Katholischer Frauen ein weiteres Angebot hinzugekommen ist. Ebenso positiv ist die Sicherung des Hopster-Fiala-Hauses als einzige Übernachtungsmöglichkeit für Frauen in Wuppertal.

Wir setzen uns ein für:

- die Absicherung der Personalstellen der Träger. Tarifsteigerungen sind dabei einzurechnen,
- ein Beratungsangebot in den Aufenthalts- und Übernachtungsstellen mit verlässlichen Ansprechpartnern,
- die Schließung der Angebotslücke zwischen Tagesaufenthalten und Übernachtungsstellen vor allem in den Wintermonaten.

Wuppertal eine Stadt des bürgerschaftlichen Engagements

Durch viel ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe werden in Wuppertal professionelle Angebote unterstützt. Dazu gehört die Begleitung von Menschen in Krisensituationen, in der Hospizarbeit und in der gesundheitlichen Selbsthilfe. Ehrenamt braucht mehr Unterstützung und Anreize, um mehr Menschen für das Ehrenamt zu gewinnen. Dem wollen wir durch eine nachhaltige Förderstruktur Rechnung tragen. Die vielfältigen Aktivitäten und Hilfsangebote der Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen müssen gesichert werden. Wir begrüßen,

dass mit dem „Zentrum für gute Taten“ die Koordinationsstelle für das Ehrenamt aus der Behörde heraus in die Öffentlichkeit getreten ist. Somit ist die Hemmschwelle für eine Kontaktaufnahme herabgesetzt worden.

Wir setzen uns ein für:

- die Hospizidee und sehen die stationären Hospize und die ehrenamtlichen Initiativen zur Hospizarbeit und ambulanten palliativen Versorgung als wichtige Hilfestellungen für sterbende Menschen und ihre Angehörigen an. Dieses Engagement benötigt da, wo Spenden, Selbsthilfe und Finanzierung durch andere Kostenträger nicht ausreichen, auch eine verlässliche kommunale Finanzierung,
- das vielfältige Netz sozialer und gesundheitlicher Angebote und Hilfen in Wuppertal und wollen klare finanzielle Zusagen,
- eine stärkere Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements von der Stadt, zum Beispiel durch Angebote zur Qualifizierung oder Hilfe bei der Öffentlichkeitsarbeit. Das Angebot der Ehrenamtsagentur muss in der Stadt bekannter gemacht werden,
- die Unterstützung und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements der Freiwilligen Feuerwehrleute durch die Stadt. Da Freiwillige Feuerwehren tragende Säulen im Sicherheitskonzept sind, dürfen sie bei der Ausstattung mit Fahrzeugen und Ausstattung nicht benachteiligt werden.

Gemeinsam verschieden - Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender

Wuppertal ist weltoffen, tolerant und lebt von seiner Vielfalt. Dennoch gibt es immer wieder und viel zu oft Intoleranz, Diskriminierung und Herabwürdigungen gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern.

Es ist unser Ziel dem ein Ende zu bereiten. Niemand darf auf Grund seiner sexuellen Identität gezwungen sein sich verstecken zu müssen. Hier ist aktive Aufklärungsarbeit gefordert. Toleranz und Akzeptanz erwächst nicht aus gutem Willen und Worten, sondern aus Taten.

An dieser Stelle hat Wuppertal einiges nachzuholen. Die bisherigen Selbsthilfe- und Beratungsstellen leisten hier eine innovative und unverzichtbare Arbeit in der Gesundheits-, Gleichstellungs- und Seelsorgearbeit. Dieser Arbeit möchten wir jedoch nicht nur Wertschätzung zukommen lassen, sondern auch Möglichkeiten ausloten wie ihnen mehr finanzielle und personelle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden kann.

Aktive Gleichstellungspolitik für Lesben und Schwule möchten wir stärken. Sie muss in selbstbestimmten, transparenten und offenen Strukturen stattfinden.

Einen besonderen Schwerpunkt möchten wir hierbei auf die Unterstützung von Jugendlichen im Coming-Out legen. In diesem schwierigen Lebensabschnitt ist der

Bedarf an Unterstützung besonders hoch. Immer noch ist die Zahl der seelischen Erkrankungen und Suizidversuchen unter homo-, bi- und transsexuellen Jugendlichen viel zu hoch. Auch die Zahl der körperlichen Übergriffe ist bei diesen erhöht, auch innerhalb der eigenen Familie. Vor allem hier muss die Lücke bei den Hilfs- und Anlaufstellen geschlossen werden.

Lesben, Schwule, Transgender und Bisexuelle bilden keine Randgruppe, sondern sind ein wesentlicher Teil der Gesellschaft. Dennoch müssen viele ihr Privatleben weiterhin verstecken. Lesben in Wuppertal sind gesellschaftlich unterrepräsentiert und in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vorhanden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen es als eine Aufgabe der Kommunalpolitik, ein Umfeld zu schaffen, in dem auch Lesben offen, selbstbewusst und gleichberechtigt miteinander leben können.

Wir setzen uns ein für:

- die Berücksichtigung der Lebensentwürfe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender in allen Bereichen der kommunalen Arbeit. Dies gilt insbesondere für die Jugendarbeit und die Altenarbeit,
- die Berücksichtigung der Situation von Lesben bei städtisch bezuschussten Frauenprojekten und allen geförderten Beratungsstellen (zum Beispiel Familienberatungsstellen).

15. Integration aktiv gestalten – gegen Rassismus

Wuppertal ist und bleibt eine multikulturelle Stadt mit über 150 Nationalitäten. Die Einwanderung der letzten 50 Jahren hat auch unsere Gesellschaft grundlegend verändert. Hier leben Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Nationalitäten, Kulturen und Religionen. Diese Vielfalt ist eine Stärke unserer Stadt.

Gleiche Chancen für Migrantinnen und Migranten

Wir fordern, dass Menschen mit Migrationshintergrund in jedem Lebensbereich die gleichen Chancen und Rechte wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben. In Wuppertal gibt es viele anerkannte interkulturelle Zentren, die seit vielen Jahren wertvolle Arbeit leisten. Die neue Richtlinie zur Anerkennung und Förderung interkultureller Zentren ist ein geeignetes Instrument, um die Selbstorganisation der Migrantinnen und Migranten sowie ihre Anbindung im jeweiligen Stadtteil zu stärken. Vom Bund fordern wir, allen dauerhaften Bewohnerinnen und Bewohnern der Kommunen Bürgerinnen und Bürgern das Wahlrecht einzuräumen.

Migration, Religion und Weltanschauung

Die GRÜNEN unterstützen den interreligiösen Dialog in Wuppertal. Wir unterstützen die Forderungen der religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften nach freier Ausübung ihrer Religion. Wir unterstützen ihre kulturellen, sozialen und humanitären Angebote in Wuppertal, denn wir wissen, dass sie von Menschen in den Gemeinden gerne angenommen werden.

Wir setzen uns ein für:

- die Initiative der Interessensvertretung der Wuppertaler Moscheen zur Gründung eines muslimischen Friedhofs in Wuppertal,
- das Bauvorhaben einer neuen Moschee in Elberfeld, die ausreichend Platz für die vielfältigen Angebote der Gemeinde bietet.

Humane Flüchtlingspolitik

Die Umsetzung des Konzepts „Wohnung statt Flüchtlingswohnheim“ hat dazu geführt, dass die meisten Flüchtlinge nun in Wohnungen leben. Sie erhalten bei Bedarf eine sozialarbeiterische Begleitung und die Kinder wachsen in einem Umfeld auf, in dem ein geregelter Tagesablauf mit Schulbesuch üblich ist.

Wir setzen uns ein für:

- die Sicherstellung einer durchgängigen Förderung der Migrantinnen und Migranten,

- die Stärkung der Migrationsvereine bei ihrer Arbeit im außerschulischen Bereich,
- die Sprachförderung von älteren Migrantinnen und Migranten,
- die Erhöhung der finanziellen Mittel für die Vereine,
- die Weiterentwicklung des neugegründeten Zentrums für Integration (die RAA ist in dieses Zentrum integriert worden),
- einen Aufenthaltsstatus für junge Flüchtlinge, um sicherzustellen, dass sie ihre Qualifizierung beenden bzw. ihre Berufsausbildung abschließen können,
- Handlungsvorschläge für „Menschen ohne Papiere“ zusammen mit der Wohlfahrtspflege, dem Integrationsausschuss und dem Land. Kein Mensch darf illegal sein!
- die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung aller in Wuppertal lebenden Menschen.

Antidiskriminierung und Antirassismus

Demokratie, kulturelle Vielfalt und Gewaltfreiheit beugt rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern vor. Dies wird zunehmend wichtig, nicht nur um Rechtsextremen entgegenzutreten, sondern auch um etwas gegen den alltäglichen Rassismus zu tun, mit dem Menschen ausgegrenzt werden.

Wir setzen uns ein für:

- eine weitreichende Unterstützung der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz,
- die langfristige Sicherstellung der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus,
- eine verstärkte Präventionsarbeit im Bereich des Rassismus und Rechtsextremismus in der Kinder- und Jugendarbeit.

Für ein buntes Wuppertal ohne braune Flecken

Wuppertal ist in den letzten Jahren ein Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten geworden. Dieser Rechtsextremismus bedroht das demokratische Miteinander in unserer Stadt. Viele Wuppertalerinnen und Wuppertaler engagieren sich in Vereinen oder arbeiten in Initiativen und Projekten für ein demokratisches und vielfältiges Wuppertal. Wir wollen, dass diese Verbände und Initiativen weiterhin unterstützt werden. Die erfolgreiche Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wollen wir

dauerhaft sichern und nach Möglichkeit ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wuppertaler Polizei auch weiterhin eine Stellenzulage vom Land NRW für die Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus erhält, und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der rechtsextremistischen Szene in Wuppertal entgegenwirkt.

16. Frauen nach vorn

Frauen stellen bei uns GRÜNEN nach wie vor 50 % der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, denn „Frauen nach vorn“ ist bei den Wuppertaler GRÜNEN kein leeres Versprechen, sondern Programm.

Für uns heißt das: die Hälfte der Macht für Frauen, aber auch die Hälfte der Verantwortung für Männer. Dementsprechend ist Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern gerecht und partnerschaftlich aufzuteilen.

Für uns stehen Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellungspolitik im Gleichklang nebeneinander. Das heißt aber nicht, dass wir deshalb die speziellen Belange von Frauen in unserer Gesellschaft aus dem Blick verlieren.

Die Hälfte der Macht den Frauen

Immer noch erhalten Frauen in Deutschland circa 22% weniger Entgelt als Männer. Fast alle Spitzenjobs sind noch immer von Männern besetzt. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Teilhabe am Erwerbsarbeitsmarkt ein. Hierzu gehören eine Verbesserung der Kinderbetreuung sowie die Sensibilisierung von Männern in der Familienarbeit. Unsere Forderung bleibt: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in die Wuppertaler Gremien Geschlechtergerechtigkeit einzieht, denn nicht nur an der Stadtspitze und in allen Beigeordnetensesseln sitzen ausschließlich Männer, auch in den Aufsichtsräten sieht es nicht viel besser aus. Das wollen wir ändern und gehen mit gutem Beispiel voran, denn wir besetzen die Gremien, auch Aufsichtsräte und Sondergremien, zu 50 % mit Frauen. Wir wollen eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen (und Männer). Dabei müssen, insbesondere vom Jobcenter, die unterschiedlichen Lebensentwürfe berücksichtigt werden.

Mädchen und junge Frauen in Bildung

Junge Frauen machen die besseren Abschlüsse in Schule, Ausbildung und beruflicher Weiterbildung. Dennoch wählen sie oft immer noch aus über 340 Ausbildungsberufen nur 10 aus, die in der Regel wenig Gehalt und kaum Aufstiegschancen bieten. Die Stadt Wuppertal muss hier eine Vorbildfunktion übernehmen und insbesondere bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen die Hälfte aller Stellen an Mädchen und junge Frauen vergeben.

Wir setzen uns ein für:

- die Fortführung des jährlich stattfindenden Girl's Day, den Mädchen-Zukunftstag, um Mädchen besser über handwerkliche und technische Berufe zu informieren.

Frauenerwerbsarbeit

Wir machen uns dafür stark, dass die Potenziale von Frauen genutzt werden. Einerseits machen sich immer mehr Frauen selbständig, sei es, dass sie einen Betrieb übernehmen oder ein eigenes Unternehmen gründen, andererseits werden 80% aller Minijobs, die eine eigenständige Existenzsicherung verhindern, durch Frauen besetzt. Und das sind nicht wenige, denn die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten zählt 33.000 Menschen mit Minijobs in Wuppertal.

Alleinerziehende Frauen

Die Gruppe der Alleinerziehenden ist die einzige im Hartz IV-Bezug, die kontinuierlich anwächst. Hier ist nachhaltige Abhilfe nötig. Für uns gehören dazu: qualifizierte Angebote für Aus- und Weiterbildung, passgenaue und bezahlbare Kinderbetreuung.

Wir setzen uns ein für:

- die Begegnung auf gleicher Augenhöhe von Männern und Frauen ohne gegenseitige Abhängigkeiten. Dafür ist eine eigenständige Existenzsicherung die Grundvoraussetzung. Daher wollen wir die städtische Wirtschaftsförderung geschlechtergerecht ausrichten und das Kompetenzzentrum Frau Beruf stärken,
- kostenlose und qualifizierte Kinderbetreuung angeboten wird, die zudem an Erwerbsarbeitszeiten angepasst sein muss. Die besonderen Probleme von Alleinerziehenden müssen berücksichtigt werden.

Gerechter Haushalt

Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es besonders wichtig, dass die wenigen Mittel gerecht verteilt werden. Folglich ist der städtische Haushalt im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu überprüfen und neu auszurichten.

Wir setzen uns ein für:

- die schrittweise Verwirklichung im Haushalt des geschlechtergerechten Haushalts (Gender Budgeting) und zunächst in geeigneten Modellprojekten erproben.

Frauengerechte Gesundheitsversorgung

Die Gesundheit von Frauen ist neben den individuellen körperlichen Voraussetzungen geprägt von geschlechtsspezifischen Lebensbedingungen und -erfahrungen, also auch den weiblichen Lebenszyklen wie Pubertät, Schwangerschaft und Wechseljahren. Frauen und Männer gehen mit Gesundheit und Krankheit unterschiedlich um und haben deshalb auch unterschiedliche Anforderungen an das

Gesundheitssystem. Forschungen zu Gesundheit und Krankheit werden nach wie vor fast ausschließlich an Männern ausgerichtet, die Ergebnisse werden jedoch auch auf Frauen übertragen, obwohl sich die Krankheitssymptome von Frauen und Männern teilweise sehr voneinander unterscheiden.

Wir wollen, dass in medizinischen Berufen anerkannt und berücksichtigt wird, dass Männer schon lange nicht mehr als Norm im Gesundheitssystem gelten können. Frauen benötigen andere Medizin als Männer. Einige Ärztinnen und Ärzte wissen das bereits und behandeln Frauen so, wie es nötig ist. Viele tun dies noch nicht. Hier ist noch viel nachzuholen, zum Beispiel in Form von Fortbildungen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte.

Wir setzen uns ein für:

- eine frauenspezifische Gesundheitsversorgung und Prävention sowie die Unterstützung der Eigenkompetenz von Frauen zur Entwicklung einer guten Selbst-Fürsorge in unserer Stadt. Daher wollen wir Einrichtungen wie die Frauenberatungsstelle und ihren Einsatz für eine frauengerechte Gesundheitsversorgung langfristig unterstützen.

Nein zu Gewalt an Mädchen und Frauen

Gewalt gegen Mädchen und Frauen muss geächtet werden. Sie ist ein Verbrechen. Hilfe statt Hämie für die Opfer solcher Gewalt muss selbstverständlich werden. Wir wollen Frauen und Mädchen vor Gewalt in jeglicher Form schützen. Dabei muss die Stadt Frauen und Mädchen auf vielfältige Weise unterstützen. Die Angebote von Frauenprojekten wie dem Frauenhaus, der FrauenBeratung sollen erweitert werden, da der Bedarf an Unterstützung immer noch nicht nachlässt und neue Themenkomplexe wie Genitalverstümmelung oder Zwangsheirat vermehrt öffentlich werden.

Wir wollen, dass die Angebote an Schulen zum Thema sexueller Missbrauch gesichert und auch an Grundschulen durchgeführt werden. Fortbildungskurse für Lehrerinnen und Lehrer müssen angeboten werden. Auch Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen müssen aufrecht erhalten bleiben.

Wir setzen uns ein für:

- eine praxisnahe Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes auch für Migrantinnen,
- die konsequente Anwendung der kommunalen Möglichkeiten, sexistische Werbung zum Beispiel an Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs zu verhindern,
- das alljährliche Demonstrieren gegen Gewalt an Frauen auch in unserer Stadt. Wir unterstützen die Aktion "One Billion Rising".

Mädchen und junge Frauen stark machen

Kommunale Mädchenarbeit soll als Querschnittsaufgabe eine zentrale Rolle einnehmen. Dabei sollen geschlechtsspezifische Rollenmuster aufgebrochen und geschützte Räume angeboten werden. Es muss eigene Angebote in Sportvereinen, Kindergärten und in der Jugendhilfe geben.

Wir wollen:

- die Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen bei der Stadtplanung und Umgestaltung öffentlicher Räume,
- eigene Rückzugsräume für Mädchen in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen,
- die Finanzierung einer autonomen Mädchenberatungsstelle, an die sich Mädchen nicht nur in Krisensituationen wenden können.

Migrantinnen

In Wuppertal leben ca. 49.000 Frauen mit Migrationshintergrund. Wir machen uns dafür stark, dass sie einen gleichberechtigten Zugang zu Jobs erhalten. Wir haben zum Beispiel erreicht, dass in Wuppertal anonyme Bewerbungen getestet werden, bei denen nicht von Anfang an Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft etc. ausgesiebt werden können, sondern stattdessen allein das Können im Mittelpunkt steht.

Wir setzen uns auch für Gesundheitsangebote für Migrantinnen wie muttersprachliche Gesundheitsangebote zum Beispiel in der Schwangerschaftskonfliktberatung ein. Wir wollen, dass alle frauenspezifischen Beratungsangebote von Migrantinnen genutzt werden können. Die Benachteiligung von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt wollen wir beenden. Außerdem wollen wir, dass Kinder mit Migrationshintergrund Sprachförderkurse zusammen mit ihren Müttern machen können.

Selbstbestimmt leben im Alter

Der Wunsch der Frauen, im Alter in der gewohnten Umgebung zu bleiben und weitestgehend autonom zu leben, wird noch zu wenig berücksichtigt. 80 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflege- und Altenheimen in Wuppertal sind Frauen.

Die unterschiedlichen Lebensentwürfe von Frauen müssen auch in der Alten- und Pflegebedarfsplanung berücksichtigt werden. Bisher scheiterten neue Wohn- und Betreuungsformen und frauenspezifische Angebote an mangelndem Bewusstsein und fehlender Infrastruktur.

17. Schule schafft Chancen

Gute Schulpolitik fordert nicht von Kindern, dass sie sich dem Schulsystem anpassen, sondern schafft ein Schulsystem, das sich den Bedürfnissen der Kinder anpasst. Förderung und Chancengleichheit stehen dabei im Mittelpunkt GRÜNER Bildungspolitik. Wir verstehen Bildung als lebenslangen Prozess, der nicht erst in der ersten Klasse beginnt und nicht nach dem Schulabschluss endet.

Schulentwicklungsplanung, die immer nur den Status Quo weiter fortschreibt, wird schon nach kurzer Zeit hinfällig. Unser Ziel sind leistungsfähige Schulen und speziell im Primarbereich Schulangebote, die dem Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ gerecht werden.

Bildung findet vor Ort statt und wird vor Ort (mit)gestaltet

Bildungspolitik ist eine kommunalpolitische Aufgabe. Niemand darf aufgrund sozialer oder ethnischer Herkunft oder aufgrund früheren Scheiterns im Schulsystem vom lebensbegleitenden Lernen ausgeschlossen werden. Nur so kann dauerhaft die Versorgung aller Altersgruppen mit Bildung gesichert werden und eine attraktive Bildungslandschaft entstehen.

Wir setzen uns ein für:

- die Festlegung von verbindlichen kommunalen Strukturen,
- die Aufstellung klarer, aufeinander abgestimmte bildungspolitische Ziele aller Bildungseinrichtungen.

Schule ist für die Kinder da

Wir wollen, dass sich jedes Kind entsprechend seiner individuellen Fähigkeiten entwickeln kann. Das mehrgliedrige Schulsystem mit seiner frühzeitigen Selektion verhindert diese Förderung und bevorzugt Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern überproportional. Dies haben die Eltern längst erkannt und sorgen mit ihrem Anmeldeverhalten beim Übergang ihrer Kinder von der Grundschule auf die weiterführende Schule damit, dass die Nachfrage nach Gesamtschulen ungebrochen ist. Trotz der von uns GRÜNEN lange geforderten Errichtung der sechsten Gesamtschule gibt es immer noch eine Unterversorgung an Gesamtschulplätzen, sodass die Schaffung weiterer Angebote des längeren gemeinsamen Lernens unausweichlich ist.

Wir setzen uns ein für:

- die Errichtung weiterer Gesamtschulen zur Verbesserung der Chancengleichheit,

- die Erprobung von Schulmodellen wie zum Beispiel der Primusschule, in der von der ersten bis zur dreizehnten Klasse mit allen denkbaren Abschlüssen gemeinsam gelernt wird,
- den Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit wobei wir eine auskömmliche Finanzierung durch Bund und Land erwarten.

Im Zeitraum von 2004 bis 2008 wurde in Wuppertal mit Mitteln des Bundes ein bemerkenswerter Ausbau der Ganztagsplätze im Primarbereich in Wuppertal vorangetrieben. Dabei sind neben dem Betreuungspersonal auch die Errichtung entsprechender Räume und Mensen erfolgt. Auf diese Weise konnte an 42 von 56 Grundschulen und fünf Förderschulen Offener Ganztags eingerichtet werden. Heute beträgt die Versorgungsquote trotzdem gerade einmal 25% und liegt damit noch immer unter dem tatsächlichen Bedarf. Das ist für viele Eltern, die auf einen Betreuungsplatz angewiesen sind, um ihren beruflichen Verpflichtungen nachzukommen, ein unhaltbarer Zustand. Wir haben uns daher dafür eingesetzt, dass die Stadt einen politischen Schwerpunkt auf den deutlichen Ausbau der Ganztagsangebote setzt. Alle Anstrengungen beim Ausbau der U3-Angebote sind letztlich umsonst, wenn die Eltern beim Wechsel ihres Kindes auf die Grundschule aufgrund des Mangels an Plätzen im Offenen Ganztags Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekommen.

Wir setzen uns ein für:

- den Ausbau der Ganztagsangebote um 1.000 neue OGS-Plätze.

Gesunde Verpflegung an Schulen

In den vergangenen Jahren wurden im Zuge des Ausbaus der Offenen Ganztagsgrundschulen an vielen Schulen Küchen und Mensen gebaut oder erweitert, um den Schülerinnen und Schülern, die auch über Mittag in den Schulen sind, eine warme Mahlzeit zu ermöglichen. Gute Lernbedingungen und gesunde Ernährung gehören unabdingbar zusammen. Das gemeinsame Mittagessen gehört damit mittlerweile auch fest zum Schulalltag hinzu und nimmt sowohl eine gesundheitliche als auch eine erzieherische Funktion ein. Wir wollen ein bezahlbares und trotzdem qualitativ hochwertiges Essen gewährleisten. Dabei sollten ökologische Produkte aus unserer Region und fair gehandelte Produkte bevorzugt angeboten werden.

Schule als Lern- und Lebensraum gestalten

In den vergangenen Jahren wurde in Wuppertal deutlich in die Sanierung und den Ausbau von Schulen investiert. Der Ausbau vieler Grundschulen zu Offenen Ganztagsgrundschulen, der Bau von Schulmensen und –küchen, die energetische Sanierung vieler alter Schulgebäude stellte eine enorme Aufgabe dar. Heute lässt sich sagen, dass Wuppertal in seinem Bemühen, den Verfall der Gebäude zu

stoppen und in die Verbesserung der Schulen zu investieren, sehr weit voran geschritten ist. Aber natürlich verändern sich auch die Voraussetzungen an die bauliche Gestaltung und die räumlichen Voraussetzungen von Schulen mit der Zeit. Viele Wuppertaler Schulgebäude sind heute noch auf veraltete Lehrmethoden ausgelegt und erfüllen somit nicht mehr die Bedingungen, die moderne Schulen unabdingbar benötigen. Wir wollen auch hier die Betroffenen zu Beteiligten machen und zukünftig bei Schul(-)baumaßnahmen die Schüler- und Lehrerschaft bei den Planungen mit einbeziehen. Als Vorbild gilt hierbei die Sanierung des Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasiums, bei der in dieser Form zum ersten Mal im Rahmen einer sogenannten Phase Null eine umfassende Einbeziehung aller am Schulleben Beteiligten durchgeführt wurde.

Die Schulen sind nicht nur Orte des gemeinsamen Lernens, sondern auch Arbeitsplätze. Dabei verbringen sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch ihre Lehrerinnen und Lehrer einen großen Teil ihres Tages in diesem Gebäude. Wir wollen, dass die Bedingungen in den Schulen berücksichtigen, dass die Motivation von Menschen in starkem Maße abhängig ist vom Zustand der Umgebung, in der sie sich aufhalten. Daher setzen wir uns für eine verstärkte Reinigung der Schulräume und regelmäßige Grundreinigungen ein. Speziell die Belastung der Luft zum Beispiel durch Feinstaub muss zuverlässig geprüft und durch geeignete Gegenmaßnahmen verringert werden.

Lernen, ein Leben lang

Nach dem Ende der Schulzeit und der Ausbildung ist das Lernen nicht beendet. Um gleichberechtigt an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen teilzuhaben, ist lebensbegleitende Weiterbildung notwendig. Nur durch Weiterbildung kann die Teilhabe an beruflichen und gesellschaftlichen Prozessen sowie das Engagement für die Zivilgesellschaft gesichert werden. Bildungsmaßnahmen in Betrieben, Qualifizierungen durch die Agentur für Arbeit und das Jobcenter, Fort- und Weiterbildungsangebote von privaten und institutionellen Trägern gestalten vor Ort diese Aufgabe. Der Volkshochschule, als öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtung kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Aufgrund ihrer Verfasstheit kann die Kommune hier inhaltlich Einfluss nehmen und gestalten. Bildung für alle ist das Leitmotiv.

Wir setzen uns ein für:

- bezahlbare Bildungsangebote für alle Bürger/innen,
- kostenlose Weiterbildungsberatung,
- Angebote für Menschen, die nicht (mehr) im Arbeitsprozess stehen,
- die Weiterbildung für bildungsferne Mitbürgerinnen und Mitbürger,
- den Ausbau der Grundbildungskurse und die Stärkung des zweiten Bildungswegs,

- die Integration durch Bildung der Menschen mit Migrationshintergrund
- ein vernetztes Arbeiten mit Kindertagesstätten und Schulen,
- die Erweiterung von interkulturellen Fähigkeiten, auch durch Sprachkurse,
- die Sicherung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe durch Bildung.

18. Kinder und Jugendliche – Zukunft mitgestalten Kinder und Jugendliche wollen mitreden und mitentscheiden

In Wuppertal wurde bereits seit Jahren die Neugestaltung von Spielplätzen mit Kindern und Jugendlichen geplant. Seinerzeit wurde ein Planungsmobil auf unsere Forderungen hin eingerichtet. In den letzten Jahren wurde die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Wuppertal jedoch durch die herrschende Rathauskoalition oft beschnitten. Dies müssen wir aktuell durch den Verkauf von Spielplatzplanungsflächen und die Umwandlung von Spielplätzen in „günstige“ Freiflächen ohne Spielgeräte erleben. Seit Jahren wurden die finanziellen Mittel für die Neuanlage und Renovierung von Spiel- und Bolzplätze gekürzt – sie sind in keiner Weise ausreichend.

Auf Initiative der GRÜNEN wurden in den 90er Jahren die Bezirksjugendräte eingerichtet. Lange Zeit leisteten die Bezirksjugendräte spannende und innovative Arbeit in ihren Stadtteilen. Die Umwandlung der Bezirksjugendräte in einen Stadtjugendrat hat der Partizipation von Jugendlichen in Wuppertal jedoch nicht gut getan. Die Wahlbeteiligung am Jugendrat und die Anzahl der beteiligten Jugendlichen ist zuletzt stark gesunken.

Wir setzen uns ein für:

- die Entwicklung neuer und attraktiver Formen der Partizipation zusammen mit Kindern und Jugendlichen,
- mehr Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen durch ein volles Antragsrecht in den Gremien der Stadt.

Kinder brauchen Bildung und Betreuung

Gute Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern ist für uns eine Frage der Zukunftsfähigkeit von Wuppertal. Wir legen Wert darauf, dass jedes Kind das Recht auf eine bestmögliche Förderung bekommt. Bestmögliche Bedingungen zur Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit sind uns wichtig.

Wir setzen uns ein für:

- den Erhalt und Ausbau der Familienzentren, die wir als gute Möglichkeit sehen, Familien- / Kinder- und Jugendhilfe sowie die Betreuung und Bildung miteinander zu verzahnen,
- eine bessere Gestaltung des Übergangs Kindertagesstätte - Schule sowie Jugendhilfe,
- ein neues Kindertagesstättengesetz auf Landesebene,
- Kindertagesstätten nicht nur als Betreuungs- sondern auch als Bildungseinrichtung,

- mehr qualitative Angebote in den Bereichen Bewegung, Sprache, Körper und Ernährung, Naturwissenschaften sowie gerade auch ökologischer Bildung.

Kinder und Jugendliche brauchen Schutz

Kinder und Jugendliche vor Gewalt und Vernachlässigung zu schützen ist ein elementares Ziel GRÜNER Kommunalpolitik. Ein erfolgreicher Kinder- und Jugendschutz fängt dabei schon nach der Geburt an. Deswegen wünschen wir uns einen stufenweisen Ausbau der Frühen Hilfen in unserer Stadt. Im Bereich der erzieherischen Hilfen sind die Fallzahlen bereits seit vielen Jahren stetig steigend. Auch wenn die Stadt, mit Hilfe der freien Träger, bereits die Platzzahl in den stationären Einrichtungen aufgestockt hat, gilt es für die Zukunft noch stärker denn je passgerechte Angebote zu entwickeln, um den Problemen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. Kinder- und Jugendschutz und erzieherische Hilfen müssen frühzeitig ansetzen. Hier gilt es den Status Quo der Stellen beim Kinderschutzbund und im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz des Fachbereichs Jugend und Freizeit zu erhalten.

Deutlich unzureichend ist die personelle Ausstattung in den Bezirkssozialdiensten – hier muss nachgesteuert werden. Nur so können zeitnah familiäre Probleme erkannt werden und rechtzeitig Hilfsangebote für die Jungen und Mädchen eingerichtet werden. Kinder- und Jugendschutz ist ein elementarer Bereich der Arbeit mit und für Kinder- und Jugendliche. Hier kann es kein Einsparpotenzial geben.

Wir setzen uns ein für:

- die Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in allen Wuppertaler Jugendzentren,
- den Ausbau mobiler Jugendarbeit, Streetwork und aufsuchende Hilfen,
- neue Formen der Jugendarbeit,
- die Förderung der Kinder- und Jugendkulturarbeit durch verstärkte Kooperationsprojekte im Bereich der Freien Kultur, zum Beispiel durch den Kulturrucksack,
- die Förderung des Bewusstseins für die unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen mit Konzepten für Mädchen-, Jungen- und Genderarbeit,
- öffentliche Räume in Wuppertal (Plätze, Straßen, Einrichtungen), die sich stärker an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientieren,

- die verstärkte Sanierung und den Erhalt von Spielflächen sowie die Neuanlage von Naturerfahrungsräumen und eine aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an stadtplanerischen Maßnahmen,
- integrierte Angebote in den Stadtteilen, in den Bildungs- und Jugendeinrichtungen im Bereich Natur und Kultur,
- Angebote zur Stärkung von Gesundheit und Bewegungs- sowie Sport-Aktivitäten für Kinder und Jugendliche,
- die Förderung von Jugendlichen, die keinen Schulabschluss haben, mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und der Jugendberufshilfe, damit sie einen Schulabschluss erreichen und einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz finden können. Ein gelungenes Beispiel hierfür sind die Patenprojekte zwischen Lebenserfahrenen Menschen und Ausbildungssuchenden,
- den Aufbau intelligenter und effizienter Kooperationsstrukturen von offener Jugendarbeit, Schule, Jugendsozialarbeit und Streetwork,
- die Förderung interkultureller Kompetenz,
- die Stärkung und langfristige Absicherung der Arbeit der Jugendverbände, indem sich der Fördersatz für Fahrtkostenzuschüsse für Jugendverbände an den tatsächlichen Bedürfnissen der Verbände orientiert,
- die Ausrichtung der Zuschüsse des Jugendrings an den steigenden Mitgliederzahlen, mindestens aber die Beibehaltung des Status Quo.

19. Sport – in Bewegung bleiben

Sport ist für die Gesundheit und das Wohlbefinden jedes Menschen wichtig und leistet einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Ohne das einzigartige ehrenamtliche Engagement gäbe es in unserer Stadt keine vielfältige und lebendige Sportkultur. Dieses ehrenamtliche Engagement im Sport ist von hohem gesellschaftlichem Wert und deshalb wollen wir GRÜNE dies unterstützen, wo immer wir können.

Über 70% der Wuppertalerinnen und Wuppertaler gehen laut einer Studie der Bergischen Universität Wuppertal regelmäßig einer Sportart nach. Schwimmen und Radfahren sind die am meisten ausgeübten Aktivitäten, gefolgt von Fitnessstraining und Wandern/Walken. Die Stadt Wuppertal fördert die rund 230 Wuppertaler Sportvereine, die Leistungs-, Freizeit- und Gesundheitssport organisieren. Bei der Jugendarbeit im Sport legen wir GRÜNE großen Wert auf die Förderung von Mädchen und Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Unser besonderes Augenmerk gilt der Förderung des Schulsports, der für die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten bereits bei Kleinkindern von großer Bedeutung ist. Der sinkenden Zahl von Kindern, die schwimmen können, sowie dem Ausfall von Sportstunden wollen wir entgegenwirken.

Die Wuppertaler GRÜNE haben sich immer schon dafür eingesetzt, dass neue Sportformen in Wuppertal ihren Platz finden. Bei der Ausweisung neuer Dirt-Bike-Strecken ist es unsere Aufgabe, Sport und Naturschutz verträglich zu vereinbaren und damit mehr jungen Wuppertalerinnen und Wuppertalern die Möglichkeit zu geben, ihren Sport ausüben zu können. Sportliche Aktivitäten wollen wir quer über alle Altersgrenzen hinweg fördern, weswegen wir auch dem Gesundheitssport und Sport für Seniorinnen und Senioren in einer immer älter werdenden Gesellschaft große Bedeutung beimessen.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neuplanungen oder Umgestaltung von Sportanlagen und Sportstätten der Klimaschutz und der Naturschutz berücksichtigt werden.

Sport ist wichtig für die Gesundheit, fördert soziale Kontakte und trägt damit zur Integration von Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderung oder geringem Einkommen bei. Über 70% der Wuppertalerinnen und Wuppertaler gehen laut einer Studie einer Sportart nach. Schwimmen und Rad fahren sind die am meisten ausgeübten Aktivitäten, gefolgt von Fitnessstraining und Wandern/Walken. Trotz der dramatischen Haushaltssituation der Stadt sind die Vereine auf die weitere finanzielle Unterstützung ihrer ehrenamtlichen Arbeit angewiesen.

Wir setzen uns ein für:

- die weitere unentgeltliche Nutzung der Sportanlagen durch die Sportvereine,
- die Erhaltung der bestehende Sportinfrastruktur,

- den Ausbau des Radwegenetzes,
- zugängliche Plätze für vereinsungebundenen Sport und Bewegung,
- ein Wuppertal, indem jedes Schulkind schwimmen lernt,
- frei zugängliche Plätze für vereinsungebundenen Sport und Bewegung,
- für eine verstärkte Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen,
- Hebelifte in städtischen Hallenbädern, damit Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer wohnortnah schwimmen können,
- den Erhalt und weiteren Ausbau von Sportangeboten für Migrantinnen und Migranten und Seniorinnen und Senioren,
- die Förderung von Integration und Inklusion im Sport, insbesondere durch Ausbildungsangebote für ÜbungsleiterInnen, LehrerInnen und SozialpädagogInnen,
- die Fortführung des Sportstättenentwicklungsplanes,
- eine finanziell verantwortbare Lösung für den Bau einer Mehrzweckhalle, die gleichermaßen der Förderung des Breitensportes dient und die Belange des Spitzensportes bedienen kann, alternativ eine Grundsanierung der Uni-Halle, um Sie auf lange Sicht sowohl für Sportveranstaltungen und Events „beispielbar“ zu erhalten.

20. Vielfalt gemeinsam erleben - Inklusion geht alle an

Es ist normal, verschieden zu sein. Selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ist für GRÜNE ein hohes Ziel.

Inklusion ist ein Menschenrecht

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert die Akzeptanz jeglicher Behinderung als Bestandteil menschlichen Lebens. Damit verbunden ist auch die Forderung an Staat und Gesellschaft, Anderssein nicht zu diskriminieren, sondern Teilhabe für Alle zu sichern. Meist beziehen wir Inklusion nur auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung. Aber Inklusion hat eine übergreifende Bedeutung. Inklusion meint auch den Abbau sozialer Barrieren. Und Inklusion meint auch gleiche Chancen für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Elternhaus.

Inklusion ist eine Geisteshaltung

Sie bedeutet Wertschätzung von Vielfalt und betrachtet die Unterschiedlichkeit der Menschen als Normalität. Eine inklusive Gesellschaft sieht alle Menschen, egal welcher Herkunft, Weltanschauung oder sexuellen Identität, egal welche Fähigkeiten oder Bedarfe sie haben, als individuell, besonders und gleichberechtigt an. Inklusion beinhaltet die Vision einer Gesellschaft, in der alle Mitglieder in allen Bereichen selbstverständlich teilnehmen können und die Bedürfnisse aller Mitglieder ebenso selbstverständlich berücksichtigt werden.

Inklusion bedeutet davon auszugehen, dass alle Menschen unterschiedlich sind und dass jede Person mitgestalten und mitbestimmen darf.

Eine Grundvoraussetzung dafür ist der Ausgleich von Nachteilen. Neben der Beseitigung von Barrieren und Diskriminierungen im Alltag muss jede Person die Hilfe erhalten, die sie oder er benötigt. Auch in Wuppertal muss die UN-Behindertenrechtskonvention angewendet werden, denn sie trat am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft. Deshalb müssen geeignete Maßnahmen getroffen werden, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen eine angemessene Lebensqualität und sozialen Schutz erhalten – davon werden letztendlich alle profitieren. Dabei kommt es darauf an, das Denken in bestimmten Zuständigkeitsbereichen zu überwinden und Inklusion als Gemeinschaftsaufgabe auf den Weg zu bringen. Alle städtischen Vorlagen und auch die Anträge der Politik sollen deshalb künftig auf ihre Auswirkungen auf Inklusion überprüft werden. Auch dafür müssen zunächst einmal Barrieren abgebaut werden. Denn in Wuppertal sind bisher weder die Mehrheit der Politik, die Verwaltung noch die Öffentlichkeit für dieses Bewusstsein ausreichend sensibilisiert.

Wir setzen uns ein für:

- eine Stabsstelle Inklusionsmanagement in der Verwaltung,

- die Einbindung und Zusammenarbeit aller Ressorts der Verwaltung,
- die Stärkung des Behindertenbeirats und der Behindertenbeauftragten bei der Stadt Wuppertal,
- qualifizierte Gebärdendolmetscherinnen - und dolmetscher, die zur Verfügung stehen und zum Beispiel bei Behörden- und Arztbesuchen eingesetzt werden,
- Informationen für Gehörlose für kulturelle Einrichtungen, Sportanlagen etc.,
- einen höheren Stellenwert der Inklusion bei der Abwägung bestimmter Werte oder Güter,
- ein Konzept der „Leichten Sprache“, sodass Menschen mit Behinderung grundsätzlich Zugang zu allen Informationen haben und selbstbestimmt politische Entscheidungen treffen können. Von diesem Konzept profitieren nicht nur Menschen mit Behinderung sondern auch Migrantinnen und Migranten,
- einen regelmäßigen Sachstandsbericht der Verwaltung zur Entwicklung der inklusiven Stadt Wuppertal, der alle städtischen Ressorts einbezieht,
- die Diskussion des von der Verwaltung erarbeiteten Aktionsplans als Einstieg in den Weg zu einem inklusiven Wuppertal. Er soll mit konkreten Zeitabläufen, Zielvorgaben und Verantwortlichkeiten für alle Arbeitsbereiche der Stadt ausgestattet werden.

Gemeinsam für Kinder und Jugendliche

Integrative Einrichtungen sind Erfolgsmodelle. Dieses vorhandene Wissen und die Erfahrung müssen gesichert werden, bereits erreichte Qualitätsstandards müssen erhalten bleiben. Es fehlen in diesem Bereich jedoch Betreuungsplätze. Wir werden uns mit diesem Mangel nicht abfinden. Die gemeinsame Betreuung soll in Wuppertal zur Regel werden. Dazu muss zum einen ausreichend Fachpersonal qualifiziert werden, zum anderen müssen die übrigen ErzieherInnen und BetreuerInnen im Sinne der Inklusion geschult werden.

Wir setzen uns ein für:

- einen Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Eltern,
- eine von den Amtsärzten und dem Schulamt unabhängige und neutrale Beratung,
- die Integration und Frühförderung behinderter Kinder in Kindertagesstätten, anderen Jugendhilfeeinrichtungen und in Regelschulen,

- ausreichend inklusive Kindertagesstätten, um für jedes Kind einen Platz zu schaffen,
- ausreichend Therapieräume in den Kindertagesstätten, die Therapeutinnen und Therapeuten müssen Teil der Betreuungsteams bleiben,
- barrierefrei gestaltete Freizeitangebote der Stadt, insbesondere Jugendzentren, auch GebärdendolmetscherInnen müssen bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden,
- inklusive und barrierefrei geplante Veranstaltungen.

Gemeinsam lernen

Deutschland hat sich verpflichtet, sein Schulsystem so zu gestalten, dass Kinder mit und ohne Behinderung die Möglichkeit haben, gemeinsam unterrichtet zu werden. Inklusion ist kein Zwang, sondern ein Angebot an die Eltern. Die Umsetzung der Inklusion wird eine der zentralen schulpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre sein.

Wir setzen uns ein für:

- eine verbesserte Qualität der inklusiven Bildung an den Schulen, damit inklusive Bildung für alle Kinder gelingen kann,
- die Kostenübernahme für die Schulbegleiterinnen und –begleiter für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen im Offenen Ganztag,
- die Ausweitung der Angebote zur inklusiven Beschulung für Kinder mit Behinderung,
- die Weiterbildung aller Lehrerinnen und Lehrer, damit Inklusion nicht nur ein Gesetz ist, sondern mit Leben gefüllt wird,
- die Aufnahme des Themas Inklusion in das Studium des Lehramts (auf Landesebene),
- die Erweiterung des Kollegiums um Fachkräfte aus den Bereichen Sozialpädagogik, Gebärdensprache, Sonderschulpädagogik, Integrationshilfe sowie spezielle Therapieangebote,
- intelligente Lösungen, um Inklusion an Wuppertaler Schulen wohnortnah umzusetzen. Es reicht, wenn zunächst ein überschaubarer Teil der Schulen inklusiv wird und die Gebäude barrierefrei sind. Aber wir müssen jetzt damit beginnen!

Gemeinsam wohnen, leben, arbeiten

Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Arbeit und faire Entlohnung. Dabei sollen sie selbst entscheiden, ob sie in einer Werkstatt oder einem Unternehmen oder einer Behörde arbeiten möchten. Notwendige Hilfen müssen ihnen am Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden. Um den Einstieg in einen Beruf zu finden, wäre es sinnvoll, bei Jugendlichen eine Potenzialdiagnostik durchzuführen. Darüber hinaus sollen Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können, wie sie wohnen möchten. Die notwendigen Hilfen für die größtmögliche Selbständigkeit müssen ihnen bereitgestellt werden. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Wahrung der Privatsphäre.

Wir setzen uns ein für:

- die Unterstützung von Menschen mit Behinderung bei der Auswahl eines Ausbildungsplatzes durch die Agentur für Arbeit und die Bereitstellung der dafür notwendigen Hilfen,
- eine Anlaufstelle bei der Stadt für die Beratung zu Ausbildungsberufen. Sie soll dafür Sorge tragen, dass die Bedarfsermittlung und die Zuständigkeit der Kostenträger zentral geklärt werden kann, um mehrfache Behördengänge zu vermeiden,
- ausreichende Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderungen entsprechend ihrer Anzahl in der Gesellschaft, auch in der Stadtverwaltung,
- eine Aktion der Stadt mit der IHK, damit Wuppertaler Unternehmen betriebsintegrierte Arbeitsplätze und Werkstattplätze anbieten oder Integrationsbetriebe werden ,
- Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, bei der Agentur für Arbeit, Jobcenter etc., um die grundlegenden Begrüßungsformen auch in Gebärdensprache zu erlernen. Das ist auch für die allgemeine Bewusstseinsbildung wichtig,
- die Schaffung von Wohnraum für Menschen mit Behinderung in unterschiedlichen Wohnformen, die eine größtmögliche Selbständigkeit und die Wahrung der Privatsphäre garantieren,
- die Einrichtung einer zentralen Service-Stelle, bei der die Gewährung von benötigten Hilfen an einer Stelle gebündelt wird.

Gemeinsam mobil sein

Menschen mit Behinderung sollen nach Möglichkeit selbständig leben und überall dabei sein können. Sie wollen Einkaufen, Essen gehen oder Behördengänge erledigen. Deshalb müssen nicht nur öffentliche Gebäude, sondern auch Geschäfte oder Restaurants barrierefrei gestaltet sein. Sie müssen aber auch für Menschen mit

Behinderung möglichst ohne fremde Hilfe erreichbar sein. Darum müssen sowohl Straßen und Plätze als auch der öffentliche Nahverkehr barrierefrei nutzbar sein.

Wir setzen uns ein für:

- barrierefreie Zugänge in allen öffentlichen Räumen. Barrierefreie Zugänge sollen nicht als schwer zugängliche Nebeneingänge konzipiert werden. Menschen mit Behinderung sollen sichtbar sein,
- Barrierefreiheit bei allen Bauprojekten in jeder Bauphase – dazu gehört, Stolperfallen zu vermeiden und eine deutliche Wegweisung,
- die Ergänzung akustischer Alarme durch optische Hinweise, denn zum Beispiel Rauchmelder sind bislang nur für Hörende sinnvoll, auch Sprechanlagen zum Beispiel in Aufzügen werden von Gehörlosen nicht wahrgenommen,
- Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Verkehr: Informationen über Abfahrtszeiten per Lautsprecheransagen, optische und akustische Hinweise auf bald schließende Türen,
- eine nachhaltige Verkehrspolitik, denn die Verlangsamung des motorisierten Verkehrs bewirkt eine Verbesserung der Lebensqualität – auch für Menschen mit Behinderung,
- mehr taktile Elemente im Boden; die Schwebbahn ist hier vorbildlich,
- Vibrationsalarm an Ampeln.

Gemeinsam bewegen

Menschen mit Behinderung wollen Sport treiben. Dabei sollen sie selbst entscheiden, ob sie das mit anderen behinderten Menschen oder in Gruppen gemeinsam mit nicht behinderten tun wollen. Bei der Entwicklung neuer Sport- und Bewegungskonzepte ist es deshalb grundsätzlich erforderlich alle Bevölkerungsgruppen zu bedenken und ihre Teilhabe am Sport sicher zu stellen. Hierfür gilt es die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wir setzen uns ein für:

- die barrierefreie Gestaltung von Sportstätten, bei der auch die Zufahrtswege und Sanitäreinrichtungen bedacht werden,
- inklusive Sportangebote in allen Stadtteilen, angeboten durch den Stadtsportbund mit Vereinen,
- Hebelifte in allen städtischen Hallenbädern, damit Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer wohnortnah schwimmen können.

Gemeinsam genießen

Menschen mit Behinderung sollen an allen kulturellen Angeboten in Wuppertal teilhaben können. Sie sollen aber auch selbst künstlerisch aktiv sein können.

Wir setzen uns ein für:

- die barrierefreie Gestaltung von Theatern, Kleinkunsth Bühnen und Ausstellungsräumen,
- die Möglichkeit, dass auf Anfrage Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetscher im Theater eingesetzt werden,
- die Fortführung und Neuentwicklung integrativer Theaterprojekte,
- die Planung inklusiver Kursangebote, zum Beispiel im Bereich Malerei.

Impressum

V.i.S.d.P.:

Sarah Lünenschloss und Martin Möller
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Friedrich-Ebert-Str. 76
42103 Wuppertal

+49 (0)202 87811

www.gruene-kvwuppertal.de

Titelbild: © cphotos100 - Fotolia.com